

# Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung



■ Militärgeschichte im Bild: Minister Franz Josef Strauß unterschreibt Urkunde des Soldatenhilfswerks, r. General Adolf Heusinger

■ **»Wer will unter die Soldaten?«**

■ **Bündnissideen und preußisch-muslimische Soldaten im 18. Jahrhundert**

■ **Deutsche Außenpolitik in Afghanistan**

■ **Amerikanische Besatzungsherrschaft**

# Impressum

## Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

### Herausgegeben

vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt  
durch Oberst Dr. Hans Ehlert und  
Oberst i.G. Dr. Hans-Hubertus Mack (V.i.S.d.P.)

### Produktionsredakteur

#### der aktuellen Ausgabe:

Oberleutnant Julian-André Finke M.A.

### Redaktion:

Oberleutnant Julian-André Finke M.A. (jf)  
Hauptmann Matthias Nicklaus M.A. (mn)  
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa (hp)  
Mag. phil. Michael Thomae (mt)

### Bildredaktion:

Dipl.-Phil. Marina Sandig

### Redaktionsassistentz:

Stefan Stahlberg, Cand. Phil. (sts)

### Lektorat:

Dr. Aleksandar-S. Vuletić

### Layout/Grafik:

Maurice Woynoski

### Anschrift der Redaktion:

Redaktion »Militärgeschichte«

Militärgeschichtliches Forschungsamt

Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam

E-Mail: MGFARedaktionMilGeschichte@  
bundeswehr.org

Telefax: 03 31 / 9 71 45 07

Homepage: www.mgfa.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an diese Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Herausgeber auch das Recht zur Veröffentlichung, Übersetzung usw. Honorarabrechnung erfolgt jeweils nach Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich Kürzungen eingereicherter Beiträge vor. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Die Redaktion hat keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten, auf die in dieser Zeitschrift durch Angabe eines Link verwiesen wird. Deshalb übernimmt die Redaktion keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in dieser Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten. Dieses gilt für alle ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen.

© 2007 für alle Beiträge beim  
Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA)  
Sollten nicht in allen Fällen die Rechteinhaber ermittelt worden sein, bitten wir ggf. um Mitteilung.

### Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

ISSN 0940-4163

# Editorial



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

Im Jahre 2005 lebten in der Bundesrepublik Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes knapp 82,4 Millionen Menschen. Prognosen gehen davon aus, dass die Bevölkerungszahl bis 2050 auf 68,7 Millionen Einwohner sinken wird. Schon heute sterben jedes Jahr 100 000–150 000 Menschen mehr, als geboren werden. Das Durchschnittsalter der Bevölke-

rung steigt stetig. Lediglich die Einwanderung in den letzten Jahrzehnten hat die Dynamik dieser Entwicklung gehemmt. Bereits heute leben 7,3 Millionen »Ausländer« in der Bundesrepublik, insgesamt machen sie 8,8 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Deutschland ist also in zunehmenden Maße ein Zuwanderungsland. Migranten bieten ein erhebliches Potential für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Doch die Integration fällt nicht immer leicht, weder Deutschen noch Zugereisten. Gerade an der Schnittstelle zwischen Islam und Christentum kommt es zu Problemen, auch wenn viele Muslime in Deutschland längst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. So wird in Köln bereits seit Monaten über den Bau einer repräsentativen Großmoschee diskutiert. Im Berliner Ortsteil Pankow-Heinersdorf wird über die Errichtung eines islamischen Gebetshauses gestritten.

Beide Diskussionen haben mittlerweile überregionale Bedeutung erlangt und stehen repräsentativ für die Auseinandersetzung einer demokratischen, christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft mit dem Islam. Fehler wurden und werden auf beiden Seiten gemacht. Natürlich gibt es real existierende Probleme im Spannungsfeld zwischen radikalem Islamismus und Parallelgesellschaft. Aber die mitunter übertrieben wirkenden Befürchtungen einiger »Deutscher« bringen uns alle – Alteingesessene wie Zugereiste – ebenso um Chancen für ein zukünftiges gemeinsames Deutschland wie die mangelhafte Aufklärungsarbeit einiger Gemeinden der hier lebenden 2,96 Millionen Muslime und das kurzfristige Handeln der Politik.

Einen Beitrag zur Integration kann die gemeinsame Besinnung auf die Wurzeln des Islam in Deutschland bieten. Bereits zu Zeiten des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. wurde 1732 in Potsdam die erste muslimische Gemeinde gegründet – als Folge einer Übernahme muslimischer Soldaten in das preußische Heer. Stephan Theilig informiert in seinem Beitrag »Bündnisideen und preußisch-muslimische Soldaten im 18. Jahrhundert« über dieses bisher wenig bekannte Kapitel deutscher Militärgeschichte.

Die Veränderung der Gesellschaftsstruktur, auch im Hinblick auf das zunehmende Alter der Gesamtbevölkerung, sowie die Frage nach der Integration von Migranten stellt auch die Bundeswehr als »Spiegelbild der Gesellschaft« vor neue Aufgaben. Vor allem die Einsatzorientierung der Streitkräfte führt zu einer Nachfrage an qualifiziertem Personal, die vor dem Hintergrund der »Geburtenfalle« nur schwer zu befriedigen sein wird. Dies ist jedoch nur eines der Probleme, mit denen sich Armeen bei der Rekrutierung von Soldaten konfrontiert sehen. Peter Tauber gewährt uns in seinem Beitrag »Wer will unter die Soldaten?« anhand von ausgewählten historischen Beispielen einen epochenübergreifenden Einblick in Formen der Rekrutierung.

Die Beiträge »Afghanistan als Ziel deutscher Außenpolitik im Zeitalter der Weltkriege« von Rolf-Dieter Müller und »Die amerikanische Besatzungsherrschaft in Deutschland 1945–1955« von Bianca J. Adams runden die vorliegende Ausgabe der **Militärgeschichte** ab.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine gewinnbringende Lektüre des aktuellen Hefes

Julian-André Finke M.A.  
Oberleutnant

## »Wer will unter die Soldaten?«

Söldner und Patrioten,  
gepresste Landeskinder  
und Staatsbürger in Uniform

4

Dr. phil. Peter Tauber,  
geboren 1974 in Frankfurt a.M.,  
Historiker



## Wenn der Preußenadler mit dem Erbfeinde der Christenheit will

Bündnisideen und  
preußisch-muslimische  
Soldaten im 18. Jahrhundert

10

Stephan Theilig M.A.,  
geboren 1978 in Berlin,  
Historiker und freier Lektor



## Afghanistan als militärisches Ziel deutscher Außenpolitik im Zeitalter der Weltkriege

14

Prof. Dr. phil. Rolf-Dieter Müller,  
geboren 1948 in Braunschweig,  
Wissenschaftlicher Direktor am MGFA



## Von Besatzern zu Partnern Die amerikanische Besatzungsherrschaft in Deutschland, 1945–1955

18

Dr. Bianka J. Adams,  
geboren 1960 in Sande,  
Historikerin, Defense Threat Reduction  
Agency, U.S. Department of Defense



## Service

Das historische Stichwort:

Die »Megali idea«  
und der Ursprung der  
griechisch-türkischen  
»Erbfeindschaft«

22

Medien online/digital

24

Lesetipp

26

Ausstellungen

28

Geschichte kompakt

30

## Militärgeschichte im Bild

Soldaten helfen Soldaten:  
50 Jahre Soldatenhilfswerk

31



Minister Franz Josef Strauß unterschreibt  
Urkunde des Soldatenhilfswerks.  
(v. r. General Adolf Heusinger,  
OTL Pollmann, GL Röttiger und  
OTL Schmückle)  
Foto: SKA/IMZBw

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:  
Prof. Dr. phil. Loretana de Libero, MGFA;  
Oberstleutnant Dr. phil. Helmut R.  
Hammerich, MGFA;  
Hauptmann Dipl.-Staatswiss. Univ.  
Marcus von Salisch, MGFA;  
Dipl. sc. pol. Dietrich Witzel, München



▲ In Hessen wurden zahlreiche Bürger von ihrem Landesherren zum Dienst in den britischen Streitkräften während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges »gepresst«. (Kolorierter Kupferstich, 19. Jahrhundert)

# »Wer will unter die Soldaten?«

## Söldner und Patrioten, gepresste Landeskinder und Staatsbürger in Uniform

Schon wieder eine völlig neue Herausforderung für die Bundeswehr! Während sich die deutschen Streitkräfte bereits seit dem Ende des Kalten Krieges in einem permanenten Transformationsprozess befinden, um den zunehmenden und wechselnden Aufgaben im Rahmen der weltweiten Auslandseinsätze gerecht zu werden, zeichnen sich nun aufgrund des demografischen Wandels weitere Probleme ab: »Die Bundeswehr in der Geburtenfalle« titelte *loyal*, das Magazin des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, in der Ausgabe vom März dieses Jahres. Zitiert wurde Generalmajor Wolfgang Born, stellvertretender Abteilungsleiter Personal-, Sozial- und Zentralangelegenheiten im Verteidi-

gungsministerium, der erklärt hatte: »Wir machen uns in der Tat Sorgen, auch wenn wir die konkreten Folgen noch nicht voraussehen können.« Die schon jetzt spürbaren Probleme in der Nachwuchswerbung würden sich in den nächsten Jahren aufgrund des prognostizierten demografischen Wandels noch verschärfen, urteilte der Autor und leitete daraus schwerwiegende sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland ab.

Doch ganz so neu ist die Frage, wie die Bundeswehr ihren qualitativen und quantitativen Bedarf an Soldaten decken kann, nicht. Die immer wieder in der Diskussion stehende Dauer des Wehrdienstes und dessen Verlängerung auf bis zu 18 Monate sind ein Indiz hierfür. Auch die Frage,

unter welchen Voraussetzungen sich junge Männer über den Wehrdienst hinaus bereit erklärten, in der Bundeswehr zu dienen, stellte sich in der über 50-jährigen Geschichte der Armee immer wieder. Die verschiedenen Werbekampagnen stellen inzwischen vor allem die hohe Qualität von Ausbildung und Studium unter dem Dach der Bundeswehr und die sich daraus im Anschluss an die Dienstzeit ergebenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt heraus. Damit spiegeln sie sehr deutlich die sich verändernden Motive der angesprochenen jungen Männer und heute auch Frauen wider, die verpflichtet werden sollen. War es am Anfang der Appell an die Verantwortung des Staatsbürgers für das Gemeinwesen mit Sprüchen wie »Wir schützen

die Heimat«, so werden heute die individuellen Vorteile, die sich aus einer Verpflichtung ergeben, thematisiert. Die Bundeswehr musste also seit jeher auf die jeweils vorherrschenden Zeitumstände und Meinungen reagieren, um weiterhin attraktive Angebote für junge Männer und (zunehmend) Frauen machen zu können und dadurch eine ausreichende Zahl an Berufs- und Zeitsoldaten zu gewinnen.

Doch nicht erst die Bundeswehr als moderne Wehrpflicht- und Parlamentsarmee musste sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder die Frage stellen, wie sie eine ausreichende Zahl an Soldaten generieren konnte, um ihren Auftrag zu erfüllen. Seit jeher waren Herrscher, Heerführer und Staaten auf völlig unterschiedliche Art und Weise bemüht, die Sollstärke ihrer Armee zu erhöhen und immer wieder spielten neben politischen, ökonomischen, strategischen und taktischen Aspekten die demografischen Verhältnisse – in diesem Fall also die Zahl der für den Waffendienst zur Verfügung stehenden Köpfe – eine entscheidende Rolle. Ein Blick in die Vergangenheit, geleitet von der Frage, wie andere Armeen die Probleme einer zu geringen Zahl an Soldaten lösten, verspricht also auch aus heutiger Perspektive interessant zu sein. Besonders prägnante, aber gleichermaßen willkürliche Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Römische Armee, die Heere des Dreißigjährigen Krieges, die Armeen der absolutistischen Fürsten und Herrscher des 18. Jahrhunderts sowie die Streitkräfte im amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) und in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Alle diese Streitkräfte reagierten vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Zeit auf ganz unterschiedliche Weise, wenn es für sie galt, die Truppenstärke zu erhöhen oder aufgrund sich verändernder Rekrutierungsmöglichkeiten die zahlenmäßige Einsatzbereitschaft der Truppen zu gewährleisten.

### Kriegsdienst und Bürgerrecht? Das Beispiel Rom

Das Römische Reich gründete seine Macht von Beginn an auf der Stärke seiner Armee. Mit einem System, in dem Kriegsdienst und Bürgerrecht eng miteinander verbunden waren,



▲ Mit Steinschleudern bewaffnete römische Soldaten.  
(Dargestellt von Justus Lipsius, Antwerpen 1605)

gelang es ihm, sowohl unter dem Zeichen der Republik als auch in der Kaiserzeit, ein Weltreich zu erobern und über Jahrhunderte zu verteidigen. Der Grundsatz, dass nur derjenige, der das römische Bürgerrecht besaß, auch in den Legionen dienen durfte, galt bis weit in die Zeit des Kaisers Diokletian (ca. 236–316 n. Chr.). Verbündete und unterworfenen Völker hatten lediglich die Möglichkeit, in den Auxiliares, den Hilfstruppen, zu kämpfen.

Wie aber löste man das Problem des stetig steigenden Bedarfs an Soldaten? Schon zu Zeiten der Republik ging der römische Stadtstaat dazu über, durch die Eingliederung eroberten Gebiete die Zahl der zum Kriegsdienst verpflichteten Männer zu erhöhen. Das römische Bürgerrecht erhielten zunächst alle in Italien lebenden Völker zuerkannt, die damit faktisch zum Dienst in den Legionen gezwungen werden konnten. Parallel dazu veränderte sich im Laufe der Zeit auch die Struktur der Armee. An die Stelle der im Kriegsfall mobilisierten Bürgermiliz trat bereits Ende des 2. vorchristlichen Jahrhunderts ein stehendes Heer.

Das stehende Heer bedeutete nicht nur eine zunehmende Professionalisierung, sondern führte zu einem steigenden Finanz- und Personalbedarf wie auch zu einer Aufwertung der

Hilfstruppen, die oftmals den Charakter von Spezialeinheiten gewannen. Die Kavallerie setzte sich daher oft aus Soldaten spanischer, numidischer, gallischer und vor allem germanischer Herkunft zusammen. Mit Steinschleudern bewaffnete Männer von den Balearen oder Bogenschützen von der Mittelmeerinsel Kreta ergänzten die »multinationalen Streitkräfte« Roms. In der Spätphase des Römischen Reiches wurde die enge Verknüpfung von römischem Bürgerrecht und dem Recht bzw. der Pflicht, in den römischen Legionen zu dienen, schließlich aufgehoben, weil auf diesem Wege nicht mehr genügend Soldaten zu gewinnen waren. Man verabschiedete sich damit von einem Grundsatz, der in den meisten modernen Armeen für die Frage, wer rekrutiert werden kann, auch heute noch elementar ist – sieht man von Beispielen wie der französischen Fremdenlegion einmal ab – und löste den Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Kriegsdienst auf. Allerdings war im Römischen Reich dieser Grundsatz nicht erst kurz vor dem Fall Roms und dem Ende des weströmischen Reiches durchbrochen worden. Bereits gegen Ende des 2. vorchristlichen Jahrhunderts hatte der römische Konsul Gaius Marius im Kampf gegen den Numidierkönig Ju-

gurtha und zur Abwehr der Kimbern und Teutonen wenig zimperlich nicht nur Mittellose – bisher vom Kriegsdienst ausgeschlossen –, sondern auch Sklaven zu Soldaten gemacht.

Der griechische Geschichtsschreiber Plutarch berichtete: »Sogleich führte er auch eine Werbung durch, wobei er entgegen dem Gesetz und Herkommen viel mittelloses Volk und Sklaven in die Listen eintragen ließ; denn die früheren Feldherrn hatten dergleichen Leute nicht angenommen.« Die Notlage Roms ließ also kurzfristig einen Bruch mit bisherigen Traditionen und Formen der Rekrutierung zu. So wurde aus dem Bürgerheer der Republik nicht nur aufgrund der Größe des Römischen Reiches, sondern auch aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen eine Söldnerarmee, die den Soldaten die Aussicht auf das römische Bürgerrecht, sozialen Aufstieg und materiellen Wohlstand verhieß – dies galt gerade auch für die nichtrömischen Soldaten, die mit einem Stück Land und einem Geldbetrag nach Ende ihrer Dienstzeit abgefunden wurden. Dieses System funktionierte lange Zeit hervorragend. Die Armee wurde so zu einem Instrument der Integration und Identifikation, das solange funktionierte, wie die herrschenden Klassen das Wohl des Staatswesens nicht völlig aus den Augen verloren. Erst mit dem Obsiegen von Partikularinteressen und einer zunehmenden Dekadenz der römischen Oberschicht verlor die Armee an Schlagkraft und Bedeutung und wurde zum Spielball dieser Interessen.

### Das Mittelalter: Rittertum und Lehnswesen

Im Mittelalter bildete sich mit dem Rittertum eine eigene Kriegerkaste, die militärische Aufgaben wahrnahm. Eine durchweg schlechte Infrastruktur erlaubte es zudem nicht, stehende Heere wie zu Zeiten des Römischen Reiches aufzustellen und zu unterhalten. Die Folge waren deutlich kleinere Heere, die geprägt waren von den gepanzerten Reitern, deren Ehrenkodex und Verhaltensweise schließlich vom Adel allgemein übernommen wurde. Die Ritter wurden zur entscheidenden Waffe auf dem Schlachtfeld.

ullstein bild - Granger Collection



▲ Aufmarsch von Rittern zur Schlacht, um 1450.

Materielle Grundlage war das Lehnswesen, das je nach Größe des Lehens das Auskommen oder den Wohlstand dieser gesellschaftlichen Schicht sicherte. Das Problem war, dass auf diese Weise nur eine bestimmte Personenzahl ein Auskommen fand. Das erschwerte teilweise die Rekrutierung einer ausreichenden Zahl von Rittern für Kriege und Feldzüge, konnte umgekehrt aber auch dazu führen, dass Ritter aus materieller Not heraus ihre Dienste anderen Herren anboten oder zu Raubrittern wurden und damit Herrschaftsstrukturen, die sie eigentlich sichern sollten, unterminierten. Die Teilnahme an einem Kreuzzug war eine Möglichkeit, dem demografischen Druck in der Heimat – einer zu großen Zahl an Söhnen in den jeweiligen Lehnen, deren Größe nicht auf Dauer beliebig durch Erbteilung reduziert werden konnte – zu entgehen. Das Aufkommen gut organisierter Fußtruppen und deren zunehmender militärischer Erfolg beschleunigte schließlich den Niedergang der Ritter und ließ zugleich die Frage aufkommen, wie entsprechend Soldaten für die Fußtruppen zu rekrutieren seien, wobei man aus wirtschaftlichen Gründen hier nicht ausschließlich auf die eigenen Untertanen zurückgreifen wollte.

### Soldaten als Handelsgut: Das Söldnerwesen in der Frühen Neuzeit

So wundert es nicht, dass der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) zu einer Hochzeit für das Söldnerwesen wurde. In seinem Ursprung vor allem ein Konflikt des Protestantismus und des Katholizismus, ging es im Krieg bald um handfeste machtpolitische Interessen, die konfessionelle Unterschiede in den Hintergrund treten ließen. Truppen der Katholischen Liga plünderten katholische Landstriche und protestantische Heerführer zeigten keinerlei Skrupel, katholische Männer als Söldner anzuwerben oder zum Kriegsdienst zu pressen. So verschwand die Dienstpflicht der Landeskinder zugunsten bezahlter Söldner. Diese neue Komponente im militärischen System führte zu den unterschiedlichsten Problemen: Die Söldner wurden nicht nur zu einem Kostenpunkt, finanzierten die Herrscher ihre Soldaten doch über Steuern, die sie ihren Untertanen auferlegten. Konnte der Befehlshaber – ob direkt oder mittels so genannter »Kriegsunternehmer« – für den Sold nicht mehr aufkommen, so wurden die bezahlten Soldaten zu einer plündernden Landplage, die sich gegen den eigentlichen Auftraggeber und Herrn



ullstein bild - Archiv Gerstenberg

▲ Söldner des Dreißigjährigen Krieges: Pikeniere und ein Musketier mit Stützgabel (Mitte). (Kolorierte Lithografie, um 1620)

richten konnte. Eine emotionale Bindung der Männer an den Kriegsherrn war auch deshalb nicht zu erwarten, da man vielfach auf im Ausland rekrutierte Soldaten zurückgriff. Dies förderte die Entstehung und Ausprägung des Söldnerwesens, führte aber keineswegs dazu, die jeweils vor Ort vorhandenen Ressourcen zu schonen. Teilweise führte der Krieg zur Zerstörung und Entvölkerung ganzer Landstriche.

Bevölkerungsrückgang und eine darniederliegende Wirtschaft setzten eine Spirale des Elends in Gang, die ein ausgelagtes und geplündertes Land hinterließ, das schließlich 1648 im Westfälischen Frieden tief erschöpft zur Ruhe kam – auch weil es nicht mehr in der Lage gewesen war, die Truppen zu ernähren und zu unterhalten, geschweige denn neue Truppen zu rekrutieren. Die im Dreißigjährigen Krieg gemach-

te Erfahrung, Soldaten einfach zu mieten und zu vermieten, nutzten die Herrschenden im 17. und vor allem im 18. Jahrhundert immer wieder. Der zunehmende Soldatenhandel löste oft für alle Beteiligten sowohl bevölkerungspolitische als auch wirtschaftliche Probleme – zumindest auf den ersten Blick: So wurde für den Landgraf von Hessen-Kassel der Handel mit seinen Landeskindern zu einer schließlich nicht mehr wegzudenkenden Einnahmequelle. Sein Land verfügte weder über große natürliche Ressourcen, noch profitierte es von einer geografisch günstigen Lage. Das Militär war daher das einzige Machtmittel, mit dessen Hilfe die Landgrafen einen Platz im Konzert der Mächte behaupten konnten. In der Tat war dadurch, gemessen an der Zahl der Einwohner, die Landgrafschaft Hessen-Kassel, und nicht das immer wieder zitierte Preußen, der Militärstaat des Ancien Régime auf deutschem Boden. Besondere Berühmtheit unter den annähernd 40 geschlossenen Subsidienvetragern des hessischen Landgrafen erlangte die Entsendung hessischer Truppen in den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg 1776. Bis zum Ende des Krieges traten fast 20000 Mann den Weg über den Atlantik an, um für die britische Kolonialmacht gegen die Aufständischen zu kämpfen. Während das erste Einsatzkontingent – rund 12000 Soldaten – nahezu ausschließlich aus Landeskindern bestand, achtete man beim Ersatz immer weniger auf die Herkunft der Soldaten.

Die Hessen stellten damit rund ein Drittel der britischen Truppen im Kampf gegen die Revolutionäre. Jene hofften, dass die gemieteten Soldaten desertieren würden, um an der neu gewonnenen Freiheit zu partizipieren – hatte man sie doch in der Heimat oft zum Dienst gepresst. Doch die Kampfmoral der hessischen Soldaten war zunächst gut und die Bereitschaft zur Desertion geringer als bei vielen vergleichbaren Armeen jener Zeit. Hierzu trug sicherlich neben angedrohten Repressalien für die Angehörigen in der Heimat auch die landsmannschaftliche Geschlossenheit bei. Als der notwendige und seitens der Briten eingeforderte Truppenersatz zu einem immer deutlicher spürbaren Arbeitskräftemangel in Hessen-Kassel führte, die Werber



ullstein bild

▲ Der Landgraf von Hessen-Kassel verkaufte zahlreiche seiner Landeskindern als Soldaten für den britischen Kampf gegen die amerikanische Unabhängigkeit.

immer öfter junge Männer zum Dienst pressen mussten und nicht mehr auf Freiwillige zurückgreifen konnten, wurden nicht nur die Altersgrenze ausgedehnt, sondern auch Rekruten in Gefängnissen und Armenhäusern sowie außerhalb der eigenen Landesgrenzen geworben. Damit ließ nicht nur die Zuverlässigkeit der Regimenter deutlich nach. Der wirtschaftliche Schaden, den das Fehlen junger Männer verursachte, stand schließlich in keinem Verhältnis mehr zum Nutzen der Subsidienverträge – die später zu versorgende Zahl an Veteranen und Kriegsversehrten nicht eingerechnet.

Während die Armee in diesem Fall zu einem Wirtschaftsfaktor geworden war, blieb das Militär anderenorts ein politisches Machtinstrument. Wohl kein zweiter deutscher Staat gründete so wie Preußen seine politische Macht und Souveränität auf die Stärke der eigenen Armee. Diese war in ihrer inneren Struktur durchaus der hessischen Armee ähnlich und setzte sich sowohl aus dienstpflichtigen Landeskindern als auch aus angeworbenen Ausländern zusammen. Das in Preußen gültige Kantonsystem, das den Regimentern jeweils Regionen zuwies, aus denen sie ihren Nachwuchs auf der Grundlage einer zumindest formal allgemeinen Dienstpflicht rekrutieren konnten, erwies sich dabei als besonders effektiv. Das Kantonsystem begünstigte eine Identifikation der Soldaten mit ihrer Einheit, vielleicht sogar mit der Armee und dem König – zumindest ist dies eine mögliche Ursache für die relativ geringe Desertionsrate nach Einführung des Systems. Auslöser für diese Neuerung waren nicht allein militärische Überlegungen: Die Einführung des Kantonswesens ging einher mit dem Versuch, Preußen auch wirtschaftlich zu stärken. Dabei war man auch bemüht, die Rekrutierung so zu gestalten, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Regionen erhalten blieb.

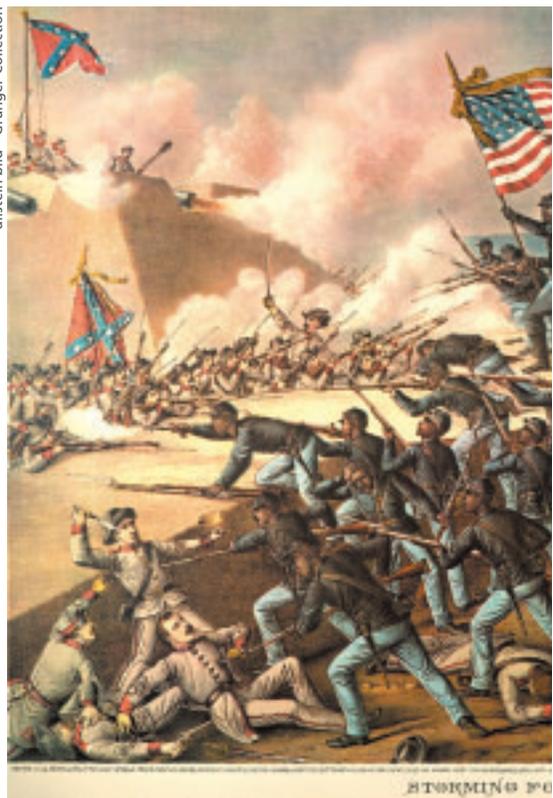
Doch auch das zunächst in Preußen und dann auch anderenorts praktizierte Kantonsystem barg Tücken. Waren die Verluste eines Regiments hoch, musste der Ersatz aus dem Kanton gewonnen werden, aus dem die toten Soldaten stammten. Dieses System konnte so zur Entvölkerung ganzer Landstriche führen. Es schürte den

Unmut der Bevölkerung und verstärkte die wirtschaftliche Belastungen, zumal sich gerade die jungen Männer der Einberufung durch Landflucht zu entziehen suchten. Die eigentlich Dienstpflichtigen erwiesen sich also oft als »unsichere Kantonisten«. Kurzerhand griff man auch hier wieder auf die Anwerbung von Ausländern für den Heeresdienst zurück. Das Prinzip, nur mit Landeskindern Krieg zu führen, wurde wieder aufgegeben.

Auch Napoleon Bonaparte konnte seine Eroberung Europas nicht allein mit französischen Truppen bewerkstelligen. Im Zuge der Französischen Revolution war erstmals die patriotisch begründete Motivation zu einem offenkundigen Erfolgsfaktor in der militärischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und den anderen europäischen Mächten geworden. Wohl auch deshalb achtete Napoleon die für Frankreich kämpfenden Soldaten anderer mit ihm verbündeter Nationen immer geringer als die eigenen Truppen. Gleichwohl leisteten diese über eine lange Zeit treue Dienste. Auch als Kaiser der Franzosen musste Napoleon auf ausländische Soldaten setzen, wollte er angesichts der hohen Verluste auf seinen Feldzügen nicht Frankreich selbst ausbluten. So befanden sich unter den 600 000 Mann, mit denen er 1812 nach Moskau zog, 130 000 Deutsche, 60 000 Polen, 40 000 Holländer, 20 000 Italiener, 10 000 Schweizer, 10 000 Kroaten und andere ausländische Kontingente, die oft verheerende Verluste erlitten.

Die verbündeten und besetzten Länder leisteten zunächst mehr oder weniger bereitwillig Kriegsfolge. Erst aufgrund der steigenden Kontributionslasten griff nach und nach eine antifranzösische Stimmung um sich. Napoleon scheiterte letztlich auch, weil es ihm nicht mehr gelang, zur Sicherung seines Machtbereichs die notwendige Zahl einsatzbereiter Soldaten zu rekrutieren. Die besetzten und unterdrückten Länder und deren Herrscherhäuser hatten sich die Prinzipien der Revolution, die dem Korsen zu seinem Siegeszug verholfen hatten, ebenfalls zu eigen gemacht. Das Bündnis aus Preußen, Briten, Russen und Österreichern, mit dem sich Napoleon schließlich konfrontiert sah, war ihm, zumindest was die personellen Res-

ullstein bild - Granger Collection



sourcen betraf, weit überlegen. Doch erst als es gelang, diese auch zu bündeln, konnten die Franzosen besiegt werden.

### Das Zeitalter der Massenheere

Im 19. Jahrhundert gewann die Frage der personellen Ressourcen von Armeen eine immer größere Bedeutung. Das Zeitalter der Massenheere hatte begonnen. Sowohl die Dauer als auch der Umfang eines militärischen Konfliktes waren längst nicht mehr vorhersehbar. Klimatische und technische Einschränkungen bildeten kein Hindernis mehr für die Entgrenzung von Konflikten. Im Amerikanischen Bürgerkrieg 1861 bis 1865 waren die Kräfteverhältnisse von Beginn an zu Gunsten der Nordstaaten verteilt. Auf ihrem Gebiet lagen nicht nur die für den Krieg notwendigen Schlüsselindustrien, sie konnten bei der Rekrutierung sowohl auf die schwarze Bevölkerung als auch in erheblichem Maße auf Einwanderer aus Europa zurückgreifen.

Im Süden hingegen spitzte sich neben der Frage der wirtschaftlichen Ressourcen auch die Frage nach dem Personalersatz schließlich so zu, dass man den für den Süden kämpfenden



◀ Im Amerikanischen Bürgerkrieg konnten die Nordstaaten von Beginn an auf »farbige« Regimenter zurückgreifen. Im Bild ist die Erstürmung des Forts Wagner am 18. Juli 1863 durch das 54th Massachussetts (Colored) Regiment dargestellt.

see und aus den Kolonien machten die Kolonialmächte aus der Offensive in Frankreich eine Schlacht mit weltweiter Beteiligung.

Fehlte den deutschen Streitkräften im Ersten Weltkrieg eine solch breite Rekrutierungsbasis, so hinderte die nationalsozialistische Weltanschauung die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg lange daran, »fremdvölkische Truppenverbände« aufzustellen. Der vor allem im Osten als Vernichtungsfeldzug geführte Krieg ließ trotz großer Anfangserfolge und astronomischer Gefangenenzahlen das zentrale Defizit der deutschen Heeresverbände schnell deutlich werden. Man war schon bald nicht mehr in der Lage, die eigenen Verluste durch einen gleichwertigen Ersatz auszugleichen, während die Rote Armee immer wieder neue Verbände an die Front warf. Als man schließlich, der eigenen Ideologie widersprechend, neben den Verbündeten auch ausländische Freiwillige in Wehrmacht und Waffen-SS eingliederte, war die militärische Lage bereits aussichtslos. Eine Wende konnten diese Einheiten nicht mehr herbeiführen.

Die ausgewählten historischen Beispiele machen deutlich, dass die Maßnahmen zur Gewinnung von Sol-

daten jeweils von den politischen, ökonomischen und militärischen Zeitumständen abhängig waren. Die Notwendigkeit der militärischen Einsatzbereitschaft und die damit einhergehenden Veränderungen der Rekrutierung haben aber auch umgekehrt zu grundsätzlichen Veränderungen innerhalb gesellschaftlicher Strukturen und des militärtheoretischen Denkens geführt. Auch die Bundeswehr wird angesichts der vorhersehbaren Probleme in der Nachwuchsgewinnung weiter nach neuen Lösungen suchen müssen. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr gegenüber attraktiven Arbeitsplätzen in der Wirtschaft ist dabei nur ein Weg aus der Misere. Migranten die Möglichkeit zu geben, durch einen Dienst in der Bundeswehr ihr Bekenntnis zu Deutschland und seinen Werten abzugeben und damit die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, wäre eine weitere denkbare Variante.

■ Peter Tauber

Sklassen die Freiheit versprach. Auch dieses Beispiel zeigt die Bereitschaft, grundsätzliche politische Überzeugungen den militärischen Notwendigkeiten zu opfern.

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts brachten zwar eine technische Revolution der Kriegführung mit sich, aber letztlich waren neben der materiellen Überlegenheit auch die Personalressourcen der Krieg führenden Mächte ausschlaggebend. Dass die Deutschen den Einsatz von Kolonialtruppen in der britischen und in der französischen Armee im Ersten Weltkrieg brandmarkten, lag sicherlich auch daran, dass sie aufgrund ihres vergleichsweise kleinen Kolonialreiches selbst keine Möglichkeit besaßen, auf diese Weise die Rekrutierungsbasis ihrer Streitkräfte wesentlich zu erweitern, und dass sie dies als klaren Nachteil erkannten. Ihnen blieb als einzige Option, immer jüngere oder ältere Rekruten einzuziehen oder die Tauglichkeitsanforderungen zu reduzieren. Als im Juli 1916 die Schlacht an der Somme begann, mit einer Million Opfer die verlustreichste des Ersten Weltkriegs, kämpfte neben Franzosen und Briten auch eine große Zahl anderer Völkerschaften für die Alliierten. Mit den Truppen aus Über-

#### Literaturtipps:

Heiko Rehmann, Die Bundeswehr in der Geburtenfalle. Demografie und Streitkräfte. In: loyal, 3/2007, S. 32–34

Martin Kutz, Deutsche Soldaten: Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte, Darmstadt 2006



▲ Freiwillige der Waffen-SS aus Bosnien und der Herzegowina bei Exerzierübungen, hier eine Stabsjägerkompanie.

ullstein bild - SV-Bilderdienst



Staatsbibliothek zu Berlin, Hs.-Abt., Sig. Einbl. YB 9012gr

▲ »Der Einzug des Türkischen Gesandten Achmet Effendi zu Berlin« 1763.

## Wenn der Preußenadler mit dem Erbfeinde der Christenheit will

### Bündnisideen und preußisch-muslimische Soldaten im 18. Jahrhundert

Die Dynastie der Osmanen beherrschte vom Ende des 13. Jahrhunderts bis 1923 ein Reich, das sich zeitweilig über ganz Kleinasien, den Balkan, Nordafrika und die Krim ausdehnte. Seit dem Mittelalter galten sie häufig nur als die »Türken«, als »Erbfeinde der Christenheit«. Keine christliche Macht hätte es gewagt, mit ihnen offiziell ein militärisches Bündnis einzugehen. Europa nahm die Osmanen durch ihre militärische Expansion seit dem 15. Jahrhundert wahr. Die »christlichen« Herrscher sahen sich einer bedrohlich wirkenden Macht gegenüber, die einer fremden orientalisches-islamischen Kultur entstammte. Eine große Bandbreite von Klischees und Stereotypen fand Einzug in das Alltagsleben. Sie reichte von der Heimtücke der Türken über Geiz, Kriegstreiberei, Kindermord bis hin zu Despotie, Reichtum und Polygamie. Grundzüge einer Kontinuität sind erkennbar, die im Bild des »Renner und Brenner« wiederkehren, des allorts einbrechenden und mordenden Türken.

Im Europa des beginnenden 18. Jahrhunderts wurde das mittelalterlich-frühneuzeitlich geprägte Zerrbild heiß diskutiert und es veränderte sich, zu-

mal der Nimbus des »unbesiegbaren Türken« seit der Niederlage der Osmanen vor Wien 1683 zu schwinden begann. Die »Hohe Pforte« (die osmanische Regierung) wurde hoffähig und stand als möglicher Bündnispartner bereit, der noch immer über eine erhebliche militärische Potenz verfügte.

#### Die preußisch-osmanische Geheimdiplomatie

Oft hatte das Haus Brandenburg auf der Seite der habsburgischen Kaiser gegen die Osmanen gekämpft, besonders in Ungarn. So waren die ersten Türken in Berlin Kriegsgefangene, welche die kurfürstlichen Truppen aus ihrem Einsatz in den Türkenkriegen der Jahre 1683 bis 1699 mitbrachten. Erst der beginnende preußisch-österreichische Dualismus veränderte den Blick auf die Osmanen, die eine gemeinsame Grenze mit dem Habsburgerreich hatten. Allerdings zeigte zunächst die Hohe Pforte nur geringes Interesse an engeren Kontakten. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts schien das neue Königreich Preußen noch zu klein und unbedeutend. Dennoch erhielt Friedrich I. zu seiner Proklamation zum König (1701) ein Glück-

wunschschreiben des Sultans. Friedrich I. erörterte daraufhin die Idee eines direkten Handelsabkommens mit dem Osmanischen Reich. Insbesondere der preußische Gesandte in Wien, Christian Friedrich Freiherr von Bartholdi, trat dafür ein; die Verhandlungen verliefen jedoch im Sande. Der Konvertit Ahmed Pascha alias Claude Alexander Graf von Bonneval hatte den Anlass zu neuen Kontakten gegeben, da er die strategisch-militärische Bedeutung Preußens erkannt hatte.

Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) hingegen zeigte kein Interesse an einem Bündnis mit der Hohen Pforte, da er es »gut und ruhig« mit den Habsburgern halten wollte und es ihm nicht gelegen sein konnte, mit deren »Erbfeind« eine Allianz zu schmieden. Doch waren es Handelsinteressen, die zur Änderung seiner Meinung führten. Für die Jahre 1721 und 1724 sind erste Kontakte bezeugt. In diesen Jahren wurde der Stallmeister Johannes Jurgowsky an den Hof des Khans der Krimtataren (einem Vasallen des Sultans) geschickt, um Verhandlungen über Pferdellieferungen zu führen. Jurgowsky überbrachte auch einen freundschaftlichen Brief an Sultan Ahmed III. In seinem Antwortschreiben verwies der Sultan



▲ »Gesandtschaft des Khans der Krimm und der Budziakischen Tataren«. (Radierung von Daniel Chodowiecki)

auf das eigentliche Anliegen des Königs: einen Freundschaftsvertrag.

Im Jahre 1731 gelangten abermals »Türken« an die Spree. Sie waren »Geschenke« des Herzogs von Kurland, der dem Soldatenkönig 20 Gardesoldaten für seine »Langen Kerls« übereignete. Er hatte diese osmanischen Soldaten als »Kriegsbeute« vom Balkan mitgebracht. Für diese ließ der König am Langen Stall in Potsdam sogar 1732 einen Gebetsraum einrichten und gründete damit per Dekret die erste muslimische Gemeinde in Deutschland.

1739 wurde erneut mit dem Khan der Krimtataren wegen Pferdellieferungen und Rekrutierungen für die Potsdamer Garnison verhandelt. Der dafür beauftragte Gesandte Leutnant Johannes Sattler kehrte aber nur mit zwei angeworbenen Soldaten zurück. Zur gleichen Zeit verhandelte Graf Joseph Seewald in geheimer Mission in Königsberg mit dem Hospodaren (Fürsten) der Moldau, ebenfalls ein Vasall des Sultans. Allein über Polen war ein unbemerkter Kontakt zur Hohen Pforte und ihren Vasallen möglich. Wie wichtig die Geheimhaltung für das politische Prestige war, bezeugt die Tatsache, dass aus der Regierungszeit Friedrichs II. nur wenige

Korrespondenzen mit der Pforte archiviert wurden. Hingegen finden sich im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien Berichte aus Konstantinopel, die von solchen Kontakten zeugen. Gänzlich unbemerkt schienen also die Beziehungen nicht geblieben zu sein.

So »soll die Pforte dem König von Preußen gestatten, die unter Phillip Orlik, dem Hetman [= Feldherrn] der Saporoger Kosaken, stehenden 3000–4000 Mann zu werben, in den beiden Donaufürstentümern [...] 10 Regimenter zu je 900 Mann aufzustellen und ein Husarenkorps zu bilden [...] Dem Woiwoden [= Fürsten] der Moldau verspricht der König eine hohe Belohnung, wenn er das Werk zustande bringt.«

Diese Anfrage aus dem Jahre 1741 ist im Zusammenhang mit dem ersten Schlesischen Krieg zu sehen. Friedrich dementierte sie offiziell, so dass sie ohne Wirkung blieb. Mit dem Frieden von Berlin (28. Juli 1742) trat Österreich Schlesien ab, wodurch eine Allianz mit der Hohen Pforte nicht mehr notwendig erschien.

Erst mit der Ernennung eines offiziellen Gesandten Preußens an der Hohen Pforte 1755 begann eine neue Phase preußisch-osmanischer Beziehungen. Karl Adolf von Rexin hatte den Auftrag, für Friedrich II. die Lage »auszuloten« und bei einer günstigen Gelegenheit ein Defensivbündnis auszuhandeln. Dafür standen ihm erhebliche Geldmittel zur Verfügung, welche die Entscheidungsfindung der Hohen Pforte »beschleunigen« sollten. Allein eine Handelskapitulation (= Handelsvertrag) konnte ihn 1761 hoffnungsvoll stimmen. Die Kapitulation sollte fortan die Grundlage aller Verträge zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts bilden.

Besonders während des Siebenjährigen Krieges setzte Friedrich II. auf die militärische Hilfe der Osmanen. Ständig wurden ihm osmanische Truppenbewegungen gemeldet. Er entwickelte zahlreiche Pläne, etwa für den Entsatz der Festung Schweidnitz in Schlesien, in denen die Osmanen von Ungarn aus die österreichischen Truppen binden sollten. Die Gerüchte um Friedrichs Verhandlungen führten zu zahlreichen Eintritten muslimischer Soldaten in das preußische Heer.

Meist kamen sie vom Balkan und aus Galizien. Die Hohe Pforte jedoch ließ Vorsicht walten, war doch eine militärische Auseinandersetzung mit Russland um das Schwarzmeergebiet zu erwarten.

Den vorläufigen Höhepunkt in Friedrichs Orientpolitik bildete 1763 die Entsendung einer osmanischen Gesandtschaft nach Berlin. Resmi Ahmed el-Hadsch Efendi löste mit seiner Begleitung eine »Turquerie« bisher ungeahnten Ausmaßes in Berlin und Potsdam aus. Während sich die Bevölkerung an dieser »Türkenmode« erfreute, fanden erfolglose Geheimverhandlungen wegen eines Bündnisses im Potsdamer Schloss Sanssouci statt. In den folgenden Jahren vernachlässigte Friedrich seine Allianzpläne und äußerte sein Missfallen: »Eine stumpfsinnige Unwissenheit verdammt diese Nation, und während alle Völker Europas Fortschritte gemacht haben, ist sie in ihrer Verwirrung geblieben [...] Die Türken empfangen gern Geschenke, um im Frieden zu bleiben; es ist schwierig, sie zum Krieg zu bestimmen. Ich habe alle meine Anstrengungen umsonst gemacht, sie während der letzten Kriege gegen die Österreicher aufzuhetzen [...] Alles hängt von einer Laune, einer Revolte und oft von einer Kleinigkeit ab.«

Erst 1779 begannen erneut Verhandlungen auf Betreiben des türkischen Ministers Ragip Pascha. Dieser trat an den neuen preußischen Gesandten in Konstantinopel, Gaffron, mit der Idee eines Bündnisses zwischen Russland, Preußen und der Hohen Pforte heran. Er bezweckte, Russland als potentiellen Kriegsgegner durch dieses Bündnis zu neutralisieren, hatte sich doch die russische Expansion im Gebiet des Schwarzen Meeres zunehmend als Gefahr für die Osmanen entwickelt. Der Vertragsentwurf lief aber gegen die Interessen Russlands, da dem Osmanischen Reich seine europäischen Besitzungen garantiert werden sollten. Es bestand die Gefahr einer Nord-Süd-Achse zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen, die zu einem entscheidenden Machtfaktor im mitteleuropäischen Raum geworden wäre. Dies hätte unweigerlich eine Annäherung Österreichs an Russland zur Folge gehabt, was Friedrich II. nicht riskieren wollte. Daher ließ Friedrich

seine Orientpolitik ruhen. Obwohl sich die Hohe Pforte in ihrer Bedrängnis während der russisch-türkischen Kriege (1768–1774 und 1787–1792) noch mehrmals an den preußischen König wandte, gewährte dieser nur beratende Unterstützung. Ein totaler Abbruch der Beziehungen hätte die Pferdelieferungen aus der Moldau nach Preußen gefährdet. Ab 1781 wurde allein die preußische informelle Unterstützung des Osmanischen Reiches hinsichtlich Ausbau und Aufrüstung der Logistik im Zuge von Militärreformen umgesetzt. Einzelne preußische Lieferungen kriegswichtigen Materials beschränkten sich auf einen eher kleinen Umfang.

Ein offizieller Offensiv- und Defensivvertrag zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich kam erst unter Friedrich Wilhelm II. 1790 zustande. Darin wurden gegenseitige Hilfeleistungen bei Angriff und Verteidigung sowie gemeinsame Ausbildungsprogramme und die Entsendung von Militärberatern vereinbart. Doch infolge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege (1795 Friede mit Preußen, 1798 Ägyptenfeldzug) schwand der Nutzwert dieses Vertrages. Erst im Verlaufe des 19. Jahrhunderts intensivierte sich die preußisch-osmanische Verbundenheit wieder, die zu einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit und schließlich zur »Waffenbrüderschaft« zwischen dem Deutschen Reich und dem Osmanischen Reich im Ersten Weltkrieg führte.

### Die muslimischen Reiter Friedrichs II.

Offiziell hatte es im 18. Jahrhundert keine militärische Hilfe seitens des Osmanischen Reiches gegeben. Doch waren schon die Gerüchte einer möglichen Allianz zwischen Potsdam und Konstantinopel für zahlreiche muslimische Soldaten Grund genug, in preußische Dienste überzutreten. Meist kamen sie in kleinen Gruppen, angeführt von einem gewählten Offizier, und boten ihre Dienste an. Sie fanden bevorzugt in den Kavallerieabteilungen Verwendung, denen sie als eigenständige Fahne angegliedert wurden. Sie folgten dabei dem Ruf des Sultans nach dem »Dschihad«, nach dem Heiligen Krieg, gegen Russland und Österreich.

Kupferstichkabinett, smb/bpk



Dass es Preußen durchaus ernst mit religiöser Toleranz meinte, war, wie auch die »Erbfeindschaft« zum Hause Habsburg, weitläufig bekannt – sogar in Konstantinopel, wo man die inner-europäischen Zwistigkeiten durchaus zur Kenntnis nahm.

Bereits 1745, während des zweiten Schlesischen Krieges, schlugen sich 72 muslimische Reiter mit ihren Offizieren Kornett Osman, Leutnant Ali und Rittmeister Stefan Serkis, einem bosnischen Juwelenhändler, auf die preußische Seite. Aus ihnen bildete man eine Fahne preußischer Lanzenreiter, die dem 5. Husarenregiment »von Ruesch« (»Schwarze Husaren«) unterstand. Fremdländische Reiter waren u.a. in Trebnitz stationiert, später vor allem in Goldap. Die Trebnitzer Schwadron (4. Husarenregiment) wurde kurzzeitig von dem jungen Rittmeister Friedrich Wilhelm Freiherr von Seydlitz geführt, der von Friedrich II. sogar einen goldenen türkischen Krummsäbel erhielt. Seydlitz' Schimmel trug bezeichnender Weise den Namen »Mohammed«.

Die Fahne von Serkis wurde auf sehr kuriose Weise zum Ursprung der preu-



Staatsbibliothek zu Berlin, Hs.-Abt., Libr. Pictur. A151, 11r

▲ Der Botschafter Ahmed Efendi mit einem »Friden Contract«.  
(aus dem Berliner Kostümbuch, o.J.)

◀ »Türke mit Berliner Gassenjunge.  
Begegnungen auf der Straße«.  
(Kohlezeichnung von Daniel Chodowiecki, Berlin 1764)

ßischen Bosniaken. Als sich die Nachricht von muslimischen Anwerbungen durch den sächsischen Kurfürsten verbreitete, zeigte die alte Angst vor den »Rennern und Brennern« erneut Wirkung bei der Bevölkerung. In Berlin führte dieses Gerücht zur spontanen Aufstellung von Bürgerkompanien und zu einer Verstärkung von Mauern und Schanzen, da die Feldarmee in Schlesien stand.

Der sächsische Kammerjunker von Osten war ursprünglich mit der Anwerbung der muslimischen Reiter für Sachsen betraut worden. Er verlor jedoch das dafür erhaltene Geld am Spieltisch. Stefan Serkis schließlich, einer der Offiziere der 72 fremden Reiter, hatte sein gesamtes Vermögen in diesen kleinen Trupp Bosniaken und Tataren investiert und sah seine »Anlage« in Gefahr. Er bot daraufhin das Fähnlein leichter Lanzenreiter dem König von Preußen an.

Die Geschichte der später als »Bosniaken« bekannt gewordenen Einheit lässt sich in zwei Entwicklungsphasen einteilen. Den Anfang bildeten die »Fahne-Bosniaken« zwischen 1745 und 1761. Zu dieser Zeit kann die Einheit

hinsichtlich Religion, Kleidung, Sprache und Bewaffnung als »nationalbosnisch« bezeichnet werden. Die spätere »Bosniakeneskadron«, das »Corps Bosniaken« sowie das Regiment »Bosniaken« (seit 1788 9. Husarenregiment »Bosniaken«, 1799 umbenannt in Regiment »Towarczys«) waren dagegen heterogener in Gestalt, Religion und ihrem Auftreten. Bis auf verstreute Mitteilungen, Zeitungsausschnitte, Ranglisten und Uniformwerke ist kaum etwas über diese eher »exotische« Einheit bekannt. Dies liegt besonders an dem marginalen Status, den die muslimischen Reiter innerhalb des Husarenregiments »von Ruesch« einnahmen. Sie standen unter eigener Verwaltung, waren von Wach- und Formaldiensten ausgeschlossen und wirkten durch die Kleidung sehr befremdlich. Die einfachen Soldaten trugen zwischen 1745 und 1761 eine türkisch anmutende Tracht mit weiten Hosen, schwarzen Jacken und roten Westen. Als Kopfbedeckung besaßen sie einen roten Fez, der mit weißem Tuch und rotem Federstutz versehen war. Die 1746 aufgestellte zweite Fahne trug ähnliche Kleidung, nur in anderen Farben. Bewaffnet waren Offiziere wie Mannschaften mit Lanzen, Säbeln sowie Pistolen und einem Handschar (Krummschwert).

Obwohl die Ist-Stärke der Einheit schwankte und zeitweise sogar Regimentsstatus mit einer Stärke von mehr als 1000 Mann erhielt, galt sie in Friedenszeiten, mit einem Stamm von 45 Mann, als »lebend verschollen, und nur ein Krieg konnte seine [des Stammes, S.T.] Todeserklärung hindern«. Die stark schwankenden Zahlen in den Stärke- und Ranglisten gehen auf die eigentümliche Rekrutierungspraxis zurück. Die »Bosniaken« waren nicht in das übliche preußische Rekrutierungssystem der Kantone integriert. So mussten im Bedarfsfall Neuanwerbungen besonders im Südosten Polens, in der Moldau und der Ukraine durchgeführt werden. Bei den immer wieder aufkommenden Gerüchten über Bündnisverhandlungen stießen zusätzliche Freiwillige zu der Einheit. Während der Schlacht zeigten sich schnell die Vorzüge ihrer leicht beweglichen Formationen. Sie bekämpften schnell und effizient, zerstreuten Truppenteile, bevor diese die Chance



▲ Unteroffizier der Bosniaken um 1745.



▲ Soldaten des preußischen Bosniaken-Regiments um 1786.



▲ Soldaten des preußischen Bosniaken-Regiments um 1798.

zum erneuten Sammeln nutzen konnten. Das gereichte ihnen in zahlreichen Schlachten zum Vorteil, wie in Großjägersdorf (1757) und Zorndorf (1758). Doch erst nach dem Tode Friedrichs II. erhielten die Bosniaken ihre Anerkennung als selbstständiger Truppenteil. Aufgrund der zunehmenden »Polonisierung« innerhalb der Einheit erfolgte 1799 die Umbenennung in Regiment »Towarczys«. Ein Teil der darin dienenden Edelleute stammte aus den muslimischen Gebieten Galiziens. Infolge der polnischen Teilungen zogen sie mit ihren Familien vor allem nach Schlesien. »Sie sprechen die Landessprache, sind aber von einer Religion, die wegen ihrer Einfachheit sich mehr der protestantischen nähert, wobei der ganze moralische Charakter dieser Nation, ihre Cultur etc. von der Art ist, dass ich wünschte, einige Tausend dieser Familien ansässig machen« zu können, schrieb ein preußischer Kammerherr.

Mit der Umbenennung endete formal die Geschichte der »Bosniaken«. Die »Towarczys« wurden 1800 offiziell neben den Kürassieren, Dragonern und Husaren zu der vierten Kavalleriegattung. Aus ihnen entstand 1807 ein Ulanenregiment, das 1808 in das 1. und 2. Ulanenregiment geteilt wurde.

■ Stephan Theilig

#### Literaturtipps:

*Elçin Kürsat*, Der Verwestlichungsprozeß des Osmanischen Reiches im 18. und 19. Jahrhundert. Zur Komplementarität von Staatenbildungs- und Intellektualisierungsprozessen, Frankfurt a.M., London 2003

*Karl Pröhl*, Die Bedeutung preußischer Politik in den Phasen der orientalischen Frage. Ein Beitrag zur Entwicklung deutsch-türkischer Beziehungen von 1606 bis 1871, Frankfurt a.M., Bern, New York 1986



# Afghanistan

## als militärisches Ziel deutscher Außenpolitik im Zeitalter der Weltkriege

**N**och Ende des 19. Jahrhunderts war das heutige Afghanistan für die meisten Deutschen nur ein »weißer Fleck« auf der Weltkarte. Die Bewohner des Landes bereiteten den Briten an der Nordgrenze Indiens immer wieder Probleme. Nachdem sich 1907 Moskau und London überraschend über eine Aufteilung der Einflussphären in Tibet, Afghanistan und Persien verständigt hatten, begriff man dies in Berlin als Bedrohung der eigenen Interessen, denn das Kaiserreich hatte inzwischen selbst Kolonien im Pazifik und an der chinesischen Küste erworben.

Der bayerische Oberleutnant Oskar Ritter von Niedermayer (1885–1948) führte 1913/14 geologische und karto-

grafische Studien in Ostpersien durch, die ihn bis an die Grenze von Afghanistan führten. Bei seiner Rückkehr weckte er großes Interesse an der alten Kultur dieser Region, nicht zuletzt auch deswegen, weil im Kriegsfall mit dem Einsatz geringer Kräfte und der Unterstützung der Türkei gegebenenfalls ein »Schwerthieb« durch den Orient geführt werden konnte.

### Erster Weltkrieg und Zwischenkriegszeit

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wollte der Kaiser die islamische Welt zum »wildem Aufstand« aufstacheln. Doch der Gedanke, die afghanischen Stämme zu einem An-

griff auf Britisch-Indien zu verleiten, um die Initialzündung zu einer allgemeinen Erhebung gegen die britischen Kolonialherren auszulösen und um schließlich dem mächtigen Britischen Empire das kostbarste Juwel – Indien – zu entreißen, wurde nie verwirklicht.

Eine zweite, nunmehr militärische Expedition führte Niedermayer bis Kabul; sie verband sich mit weitreichenden Ambitionen. Niedermayer ließ sich sogar zum Kriegsminister einer indischen Exilregierung ernennen und hoffte, die afghanische Armee mit ihren rund 42.000 Mann gegen die Briten einsetzen zu können. Bis zu einer halben Million Mann sollte der afghanische Emir Habibullah I. mobilisieren, verstärkt durch mehr als hundert aus

◀ Das Foto zeigt Oskar Ritter von Niedermayer (rechts) und den deutschen Diplomaten Werner Otto von Hentig (1886-1984). Hentig war von 1915 bis 1916 ebenfalls in Kabul im Einsatz und hatte dort im Auftrag des Auswärtigen Amtes den indischen Revolutionär Radscha Mahendra Pratap (Bildmitte) zu unterstützen, um durch einen Aufstand in Indien das Britische Empire zu schwächen.

russischer Kriegsgefangenschaft geflohene deutsche und österreichische Soldaten.

Der Emir, gewohnt die Rivalitäten der Großmächte Russland und Großbritannien zu nutzen, um seinem Land als Pufferstaat eine Existenz zu sichern, taktierte hinhaltend und klug. Interne Zwistigkeiten schwächten die deutsche Delegation. Auch die Unterstützung des verbündeten Osmanischen Reiches erwies sich als unzuverlässig. So brachte der am 24. Januar 1916 ausgehandelte deutsch-afghanische Vertrag dem Emir einen wichtigen politischen Vorteil – die Anerkennung der Unabhängigkeit seines Landes durch eine europäische Großmacht –, ohne ihn zum Kriegseintritt zu verpflichten.

Im Herbst 1918 erreichten deutsche Truppen Georgien im Kaukasus. Aber bereits im November desselben Jahres war das Deutsche Kaiserreich am Ende seiner Kraft und musste den Weltkrieg mit einer Niederlage beenden. Nun – für die Deutschen allerdings zu spät – zeigte auch die Aufstachelung der afghanischen Führungselite Wirkung, als nach einem Staatsstreich Amanullah, Sohn Emir Habibullahs I., 1919 zum Heiligen Krieg gegen die Briten aufrief. London erkannte schließlich 1921 die außenpolitische Unabhängigkeit des Landes an.

Nach dem verlorenen Weltkrieg wollte Hans von Seeckt, einst Generalstabschef des türkischen Heeres und nunmehr Chef der Heeresleitung der Reichswehr, die Sicherheit des Reiches auf ein geheimes Bündnis mit der Sowjetunion, dem Nachfolgestaat des Zarenreiches, abstützen. Seeckts Vertreter in Moskau wurde Niedermayer, der Kabul empfahl, sich ebenfalls enger an die Sowjetunion anzulehnen. Schließlich verhiess das Aufbegehren in Indien unter Mahatma Gandhi einen Zusammenbruch der britischen



▲ König Amanullah und Reichspräsident Paul von Hindenburg beim Abschreiten der Ehrenfront während des Besuchs Amanullahs in Berlin, 1928.

Vorherrschaft in Asien, der vielleicht Deutschland die Chance eröffnete, den Kampf um eine Weltmachtposition wieder aufzunehmen. Die demokratischen Regierungen der Weimarer Republik teilten zwar nicht solche Illusionen, doch blieb Berlin durchaus daran interessiert, die Beziehungen zu Afghanistan weiter auszubauen.

Als König (seit 1926) zeigte sich Amanullah entschlossen, selbst gegen heftigen Widerstand die Modernisierung seines Landes voranzutreiben. Deutsche Berater und Experten unterstützten ihn dabei. Historisch bedeutsam wurde 1924 die Einrichtung der deutschen Amani-Schule in Kabul, welche die künftige afghanische Führungselite prägen sollte. Zu dieser Zeit stieg Deutsch in Afghanistan zu der am meisten verbreiteten Fremdsprache auf. Deutsche Ingenieure bauten Staudämme und Straßen, deutsche Architekten und Künstler errichteten den prunkvollen Königspalast in Darulaman.

Wenn die Afghanen damals die kulturelle, technische und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu schätzen lernten, verband sich damit der Stolz auf die Befreiung von britischer Dominanz. Trotz der Niederlage im Ersten Weltkrieg galt die deutsche Armee als tüchtig und vorbildlich.

Während die Afghanen die Briten als Kolonialherren hassten und als Bedrohung des Landes ansahen, fühlten sie sich von den Deutschen respektiert und geachtet. Dass deren Auftreten keineswegs ganz uneigennützig war, ließ sich leicht verdrängen. Vor allem in den städtischen Eliten fanden die Deutschen Wertschätzung. Während die britische Einflussnahme darauf zielte, die Gegensätze im Lande für eigene Interessen auszunutzen, war die deutsche Politik darauf ausgerichtet, die Zentralmacht in Kabul zu stärken, weil nur ein starkes Afghanistan zu einem relevanten Faktor im »großen Spiel« werden konnte. Den Aufbau einer afghanischen Armee und einer eigenen Rüstungsindustrie zu unterstützen, fehlte es den Deutschen in den 1920er Jahren jedoch an Mitteln. 1928 besuchte der afghanische König Berlin, um die bilateralen Beziehungen auszubauen, doch die deutsche Seite verfolgte kein klares Konzept hinsichtlich einer langfristigen Afghanistanpolitik. Amanullah erhielt lediglich eine Kreditzusage über sechs Millionen Reichsmark.

Im völligen Gegensatz zur Außen- und Sicherheitspolitik der Weimarer Republik hatte inzwischen Adolf Hitler ein weit über die deutschen Grenzen hinausreichendes Programm für den Aufstieg Deutschlands zum Welt-



picture-alliance / akg-images

#### ▲ Soldaten der Legion »Freies Indien« 1943.

reich entworfen. Er sah Deutschlands Zukunft in der Eroberung von »Lebensraum im Osten«, möglichst aber im Bündnis mit Großbritannien. In seiner rassenideologischen Sicht war es geradezu die Berufung der Briten, die Herrschaft der »weißen Rasse« über Indien und den Orient auszuüben. Sein eigenes, künftiges »Indien« sollte die Ukraine werden. Für das Afghanistan-Interesse in nationalkonservativen Führungskreisen zeigte er denn auch kein Verständnis.

Nach dem überraschenden Sturz Amanullahs Anfang 1929 stellte auch der deutsche Außenminister Gustav Stresemann resigniert fest, dass Deutschland in Afghanistan »keine politischen Interessen« mehr habe. Auch wirtschaftlich sei »auf absehbare Zeit nichts zu holen«. Der neuen Regierung in Kabul, die sich weiterhin an einer engen Zusammenarbeit interessiert zeigte, erlaubte man immerhin, 5000 alte Gewehre und acht Millionen Patronen in Deutschland zu kaufen.

Die unklare Situation veränderte sich nicht wesentlich, als Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde. Die Revision der Außen- und Rüstungspolitik wurde zunächst vorsichtig und

schrittweise vollzogen. Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Beendigung der geheimen Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee. In Sachen Afghanistan blieb aber zunächst alles offen. Der deutsche Gesandte in Kabul, Kurt Ziemke, warb mühsam für einen Ausbau des deutschen Industrieexports. Verständlicherweise scheute die deutsche Wirtschaft das Engagement in dem politisch instabilen und bitterarmen Land, dessen Ausfuhr überwiegend aus Pelzen und Teppichen bestand.

### Deutsche militärische Ambitionen

Erst 1936 gewährte Berlin einen neuen Kredit über 15 Millionen Reichsmark. Doch statt notwendige Entwicklungshilfe zu leisten, verpflichtete sich Deutschland, Rüstungsmaterial zur Ausstattung einer afghanischen »Musterdivision« zu liefern. Außerdem versprach man Hilfe beim Aufbau von Luftstreitkräften. Abgesehen von der Tätigkeit deutscher Berater und Experten sowie der Einrichtung einer Fluglinie der Lufthansa über Kabul nach Schanghai blieb das deutsche Engagement ein Luftschloss, das durch die britische Blockade nach Beginn des Zweiten Weltkrieges schnell zerstört. Gerade noch rechtzeitig konnte ein Teil der bestellten Geschütze über Karatschi und den Khaiberpass nach Kabul geschafft werden. In Berlin hoffte man nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes, die Transitwege über die UdSSR nutzen zu können. Doch Moskau achtete argwöhnisch darauf, dass die Eisenbahn nicht für Waffentransporte verwendet wurde.

Der Pakt mit Stalin wurde von manchen in deutschen Führungskreisen als Signal für die Rückkehr zur Politik Seeckts missverstanden, zumal Hitler seine wahren Absichten nur schrittweise enthüllte. Niedermayer propagierte die alte globale Strategie, durch »raumgreifende« Operationen im Orient Großbritannien in die Knie zu zwingen. Seine Ideen fanden im Oberkommando der Wehrmacht und im Auswärtigen Amt große Zustimmung. Der deutsche Botschafter in Moskau erkundete mehrfach die Bereitschaft Stalins, zusammen mit dem Deutschen Reich vom Kaukasus aus

die Ölquellen im Nordirak zu besetzen und die britisch-französischen Positionen im Nahen Osten »aufzurollen«. Er deutete auch deutsche Pläne an, von Afghanistan und Tibet aus, militärische Aktionen gegen Indien zu führen. Der sowjetische Diktator hielt sich bedeckt und an das Naheliegende: die Okkupation jener Gebiete in Ost- und Südosteuropa, die Hitler ihm bereits versprochen hatte.

Bis zum Beginn des Westfeldzuges im Mai 1940 wurde mehrfach an einer deutschen Orientstrategie gearbeitet. Das Auswärtige Amt etwa wollte gemeinsam mit der militärischen Abwehr die Regierung in Kabul stürzen, um den deutschlandfreundlichen König Amanullah wieder auf den Thron zu bringen und gemeinsam mit der Sowjetunion gegen Indien vorzugehen.

Bei einem Besuch in Berlin im November 1940 erhielt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow verlockende Angebote zur Bildung eines »Kontinentalblocks« und zur Aufteilung des Britischen Empire. Mit diesem Angebot wollte Hitler Stalin in die Falle locken, denn dahinter stand letztlich die Absicht, den sowjetischen Expansionsdrang über Afghanistan in Richtung Indien zu lenken, um die Erfolgsaussichten für das geplante »Unternehmen Barbarossa«, den Angriff auf die Sowjetunion, zu verbessern.

Am 22. Juni 1941 begann der Angriff auf die Sowjetunion. Erst mit der zweiten großen Offensive im Sommer 1942 setzte Hitler ganz auf den Schwerpunkt Kaukasus. Rommel sollte von Nordafrika aus eine zweite Zange gegen die britische Nahostposition bilden. Wieder versuchte man von deutscher Seite, mit Hilfe afghanischer Paschtunen deren Stammesbrüder in Indien aufzuwiegeln, um dort einen weiteren Kriegsschauplatz zu eröffnen. Schon ließ London am Khaiberpass Befestigungen vorbereiten. Bereits zuvor hatten Briten und Sowjets den afghanischen König Sahir Schah gedrängt, die Angehörigen der deutschen Kolonie aus dem Lande zu verjagen, doch die vom König einberufene Stammesversammlung der Loya Dschirga beharrte auf den ehernen Gesetzen der Gastfreundschaft und setzte zumindest ein freies Geleit für die

Deutschen durch. Unabhängig davon konnte die deutsche Gesandtschaft in Kabul ihre Arbeit bis zum 8. Mai 1945 fortsetzen – Afghanistan blieb als eines der wenigen Länder bis Kriegsende neutral.

## Nachkriegsbeziehungen

Afghanistan blieb bis 1945 ein militärpolitisches und strategisches Phantom, und sicherlich gab es hier keine verpasste Chance deutscher Groß- und Weltmachtspolitik im Zeitalter der Weltkriege. Die Schrecknisse des Zweiten Weltkrieges und die NS-Ideologie hinterließen zumindest in dieser Weltregion keine negativen Spuren in den Beziehungen zu Deutschland, sodass in den 1950er Jahren die Wiederherstellung von Handelsbeziehungen nicht schwer fiel. Anknüpfend an die guten Erfahrungen der 1920er Jahre wurde Afghanistan erneut zu einem Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe. Um die »Blockfreiheit« seines Landes zu unterstreichen, vertraute König Sahir Schah die Ausbildung der Armee dem nördlichen Nachbarn UdSSR an, die Schulung der Polizei übernahm die Bundesrepublik.

Nach dem Sturz des afghanischen Königs durch einen Putsch 1973 und dem Einmarsch der Roten Armee 1979 verschwand Afghanistan für viele Jahre aus dem Blickwinkel der westdeutschen Politik. In einigen Bereichen unterstützte zwar die DDR das Land und setzte so in gewisser Weise die Tradition deutsch-afghanischer Beziehungen fort, doch erst mit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 konnte eine neue Basis der gegenseitigen Zusammenarbeit geschaffen werden. Das heutige positive Bild des Deutschen in der afghanischen Gesellschaft gründet sich auf historische Erfahrungen und heutige Erwartungen: wirkungsvolle Unterstützung bei der Wahrung der Unabhängigkeit des Landes sowie seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

■ Rolf-Dieter Müller

### Literaturtipps:

Bernhard Chiari (Hrsg.), Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan, 2., durchges. Aufl., Paderborn u.a. 2007

## ■ »Unternehmen Tiger« 1941

1941 entsandte das Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht Dietrich Witzel, Offizier in der Kommandoeinheit »Brandenburg«, an den Hindukusch. Im April 1941 reiste er als Kurier des Auswärtigen Amtes getarnt nach Kabul, um in der dortigen Gesandtschaft mit zwei Funkern einen Stützpunkt der Abwehr einzurichten – als Basis für geheimdienstliche Operationen gegen Britisch-Indien. Zwei weitere »Brandenburger«, Manfred Oberdörffer und Fred Brandt, machten sich als »Lepra-Studiengruppe« von Kabul aus auf den Weg zum »Fakir von Ipi« (Mirza Ali Khan), einem paschtunischen Stammesführer, der zum Heiligen Krieg gegen die britische Kolonialherrschaft aufgerufen hatte. Sie gerieten jedoch im Juli 1941 in einen Hinterhalt, Oberdörffer fiel.

Dem Abwehrstützpunkt in Kabul war auch die Rolle der Vorhut eines Vorstoßes der Wehrmacht über den Kaukasus nach Indien zgedacht. Das Oberkommando des Heeres hatte hierfür 17 Divisionen vorgesehen. Der Kriegsverlauf ließ diese Pläne scheitern. Für Witzel und seine Funker wurde jedoch eine ursprünglich gar nicht vorgesehene Aufgabe bald zur wichtigsten: die Aufrechterhaltung der konspirativen Verbindung zum antibritischen Untergrund in Indien. Der indische Nationalistenführer Subhas Chandra Bose wollte die Briten notfalls mit Gewalt aus dem Land vertreiben. Am 16. Januar 1941 entkam er dem britischen Hausarrest in Kalkutta und erreichte Ende des Monats Kabul. Sein ursprüngliches Reiseziel war Moskau, der traditionelle Gegenspieler Londons in diesem Raum. Doch die Versuche Boses und seines Vertrauten Rahmat Khan, mit der sowjetischen Botschaft Kontakt aufzunehmen, scheiterten. Bose entschloss sich nun, im Kampf gegen Großbritannien mit den Achsenmächten zusammenzugehen.

Mit deren Hilfe – aber auch mit Wissen der Sowjetregierung – konnte er dann, getarnt als italienischer Diplomat Mazzotta, im April über Moskau nach Berlin reisen. Rahmat Khan gelang es später allerdings doch noch, Kontakt mit der sowjetischen Seite aufzunehmen.

Von Berlin aus setzte Bose den Kampf für die Freiheit Indiens fort. Während er bei Hitler auf wenig Gegenliebe stieß, unterstützten ihn das Sonderreferat Indien des Auswärtigen Amtes und die Wehrmacht nach Kräften. Aus indischen Kriegsgefangenen wurde sogar eine auf Bose und Hitler vereidigte »Legion Freies Indien«, das Infanterie-Regiment (ind.) 950, aufgestellt. Die deutsche Gesandtschaft in Kabul wurde zum konspirativen Scharnier zwischen Bose in Deutschland und dem antibritischen Untergrund in Indien. Auch nach der Ausweisung der deutschen Kolonie im Herbst 1941 änderte sich am Status der Gesandtschaft nichts. Die »Brandenburger« übermittelten weiterhin die über Funk eingegangenen Weisungen und Fragen Boses an Rahmat Khan und nahmen Berichte über die Untergrundtätigkeit zur Funkweiterleitung an Bose in Empfang. Zum anderen wurden die Lage in Indien analysiert, Pläne für Sabotageaktionen und die Einrichtung eines Flugzeuglandesplatzes im Grenzgebiet besprochen und eine Sabotage-, Funk- und Chiffrierausbildung durchgeführt. Die Bedingungen für die konspirative Arbeit in Kabul verschlechterten sich jedoch angesichts des für die Achsenmächte negativen Kriegsverlaufs. Im September 1943 mussten Witzel und einer seiner Funker auf Druck der Alliierten Kabul verlassen. In die Verbindung zu Rahmat Khan wurde vorher noch die japanische Botschaft eingeschaltet, zumal Bose sich zu diesem Zeitpunkt in Ostasien aufhielt.



Privatbesitz Dietrich Witzel

▲ Das von der ISAF gepflegte Grab Manfred Oberdörffers auf dem europäischen Friedhof in Kabul.

Dietrich Witzel



▲ Einmarsch der 7. US-Armee in München am 30. April 1945. Die Bevölkerung begrüßt die GIs.

# Von Besatzern zu Partnern

## Die amerikanische Besatzungsherrschaft in Deutschland, 1945 bis 1955

Von 1945 bis 1955 waren die Vereinigten Staaten von Amerika eine von vier Besatzungsmächten in Deutschland. Bis 1949 verwaltete eine eigene US-Militärregierung die Amerikanische Zone, dann übernahm ein ziviler Hoher Kommissar die Aufsicht über die Regierung der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland bis zum Inkrafttreten des Deutschlandvertrages 1955. Dieses Jahr markiert auch den Beitritt Westdeutschlands zur NATO und damit die Aufwertung Deutschlands zu einem der wichtigsten Partner der USA. Wie konnte sich das amerikanisch-deutsche Verhältnis vor dem Hintergrund der Besatzungsherrschaft in so kurzer Zeit zu einer festen Freund- und Partnerschaft entwickeln?

### Planungen und Vorbereitungen 1942 bis 1945

Die Planung einer möglichen Besetzung des Deutschen Reiches durch die USA oblag zunächst dem amerikanischen Kriegsministerium. Dort waren die Generalstabsabteilungen G-1 (Personal) und G-5 (Militärregierungen) zuständig. Innerhalb der Planungsstäbe waren sowohl amerikanische Verwaltungsexperten als auch deutsche Emigranten tätig. Das Ministerium engagierte eine große Anzahl von Spezialisten für Rechtsprechung, Ingenieur- und Gesundheitswesen sowie ehemalige Kommunalpolitiker. Zur Vereinheitlichung der Befehlsstruktur wurde den Freiwilligen der Status von Reserveoffizieren zuerkannt.

Die Ausbildung der künftigen Offiziere der Militärregierung begann im Mai 1942 an der eigens dafür gegründeten »Militärregierungsschule«. Sie war der Universität von Virginia in Charlottesville angeschlossen. 1943 folgte die Gründung weiterer Schulen an den Universitäten Yale, Pittsburgh, Michigan, Stanford und Harvard. Während ihrer Ausbildung hatten die neuen »Rekruten« einen umfangreichen Themenkanon zu absolvieren: Besatzungsrecht, Verwaltung von Krankenhäusern, Instandsetzung von Elektrizitäts- und Kanalisationsanlagen, Finanzpolitik und öffentliches Schulwesen. Nach Abschluss ihrer Ausbildung vertieften und erweiterten viele Absolventen ihre Kenntnisse in Aufbaukursen, die auf verschiede-

nen Stützpunkten in den USA sowie in Großbritannien stattfanden.

An der künftigen Strategie amerikanischer Besatzungspolitik schied sich die Geister. Kriegs-, Außen- und Finanzministerium hatten jeweils unterschiedliche Interessen. Während das Kriegsministerium hauptsächlich an einer kurzen Dauer der Besatzungsherrschaft interessiert war, zielte das Außenministerium auf ein umfassendes Programm zum Wiederaufbau Deutschlands nach amerikanischem Vorbild. Anders lagen die Dinge allerdings beim Vorstoß des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau. Er erzielte einen, wenn auch nur kurzlebigen Erfolg, als er im Herbst 1944 Präsident Franklin D. Roosevelt überzeugte, dass Deutschland nach Kriegsende nur Frieden halten könne, wenn es zu einem reinen Agrarstaat degradiert würde. Dies hätte die komplette Demontage der deutschen Industrie bedeutet. Roosevelt, der im November 1944 wieder zur Wahl stand, distanzierte sich jedoch von dem Vorhaben, da Teile des »Morgenthau-Plans« in der amerikanischen Öffentlichkeit kritisiert wurden. Er legte sich aber auf keinen verbindlichen Kurs fest, so dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministerien bestehen blieben. Das Resultat dieser Auseinandersetzungen war die im April 1945 erlassene Besatzungsdirektive 1067 des Generalstabes der amerikanischen Streitkräfte, die außer detaillierten Strafzumessungen für Mitglieder der NSDAP und deren Unterorganisationen sowie einem »Fraternisierungsverbot« für die amerikanischen Soldaten wenige konkrete Maßnahmen zu bieten hatte. Wenige Monate später veröffentlichte das US-Heer ein Handbuch für die Militärregierung in Deutschland, das sich eng an dieser Direktive orientierte. Damit blieb der US-Militärregierung in Deutschland nichts anderes übrig, als zu improvisieren und auf die diplomatischen Entwicklungen der Nachkriegsjahre so gut wie möglich zu reagieren.

Anfang 1945 beschlossen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf der Konferenz von Jalta, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen. Frankreich wurde als vierte Besatzungsmacht anerkannt. Ein Alliiertes

Kontrollrat, bestehend aus den vier Oberbefehlshabern, sollte als oberstes Organ einstimmige Entscheidungen für ganz Deutschland treffen. Richtlinien dafür sollten alliierte Pläne zur Dezentralisierung (De-centralization), Entnazifizierung (De-nazification), Entmilitarisierung (De-militarization) und Demokratisierung (Democratization), das sogenannte »Four D Program« enthalten. Ende Juli bestätigten Roosevelt, der britische Premierminister Winston S. Churchill und der sowjetische Diktator Josef W. Stalin auf der Potsdamer Konferenz die Ergebnisse von Jalta und setzten einen Außenministerrat zur Verhandlung von Friedensverträgen ein. Wie sich später zeigen sollte, eignete sich das Prinzip der Einstimmigkeit besser zur Verhinderung von gesamtdeutschen Institutionen als für ihre Errichtung.

### Von der Kapitulation bis zum Beginn des Kalten Krieges

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 erhielt das amerikanische Heer den Auftrag, das »Four D Program« in die Tat umzusetzen. Aus Frontsoldaten wurden Besatzungstruppen der US-Zone. Die Amerikanische Zone bestand aus den späteren Bundesländern Bayern und Bremen sowie aus Teilen Baden-Württembergs, Hessens und einem Sektor West-Berlins. Insgesamt umfasste sie eine Fläche von 116.670 Quadratkilometern mit ungefähr 16,7 Millionen Einwohnern, ca. 24 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. Die US-Militärregierung in Deutschland verwaltete damit die zweitgrößte der vier Zonen. Mit dem stetigen Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wuchs die Einwohnerzahl der US-Zone im ersten Jahr der Besatzung um ca. 9 Prozent auf 18,2 Millionen.

Die US-Armee hatte mit einer feindseligen Bevölkerung und möglicherweise sogar mit bewaffnetem Widerstand durch sogenannte Werwölfe gerechnet. Um erwartete Anschläge gegen die Militärregierung zu verhindern, besetzten amerikanische Soldaten ihre Zone daher flächendeckend. Die Realität sah allerdings anders aus. Das Ausmaß der Zerstörung, die mil-



Ullstein-KPA

- ▲ Auf der Konferenz von Jalta (4.–11. Februar 1945) wurden die vier Besatzungszonen festgelegt. Im Vordergrund die Staats- bzw. Regierungschefs Winston S. Churchill (Großbritannien), Franklin D. Roosevelt (USA) und Josef W. Stalin (Sowjetunion). Im Hintergrund die Außenminister Eden, Stettinius und Molotov.



Ullstein-Keystone

- ▲ Männer und Frauen bei der Enttrümmerung einer Ruine im Juni 1945.

lionenfache Wiederholung menschlicher Tragödien und der völlige Zusammenbruch jeder staatlichen und kommunalen Ordnung stellten die amerikanischen Besatzungstruppen vor Herausforderungen ganz anderer Art. Sie begannen mit der Wiederherstellung von Recht und Ordnung, brachten die wichtigsten Versorgungsbetriebe wieder in Gang und mussten dabei häufig genug improvisieren. Sie errichteten Lager für Tausende Kriegsgefangene, »Heimatlose« und Überlebende der Konzentrationslager. Gleichzeitig begannen sie auch mit der Verhaftung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern sowie mit der Entnazifizierung.

Das Verhältnis zwischen den Deutschen und ihren amerikanischen Besatzern war im Allgemeinen friedlich und durch Zusammenarbeit geprägt. Übergriffe von Deutschen auf amerikanische Soldaten und umgekehrt traten nur vereinzelt auf. Die meisten GIs ignorierten von Anfang an das Fraternisierungsverbot, so dass es schon im Oktober 1945 aufgehoben wurde. Die meisten amerikanischen Besatzer behandelten die Deutschen human und nicht selten schlossen sie Freundschaften oder sogar Ehen mit ihren ehemaligen Feinden. Während sich das Plündern deutschen Privatbesitzes in Grenzen hielt, sorgten amerikanische Behörden dafür, dass für das Militär und die Wirtschaft wertvolle Patente, Entwürfe und Maschinen ihren Weg in die USA fanden. Außerdem rekrutierte der amerikanische Geheimdienst ehemalige »Nazi«-Agenten und -Wissenschaftler, um deren Expertise in der sich abzeichnenden Konfrontation mit der Sowjetunion auszunutzen – und um sie der anderen Seite vorzuenthalten.

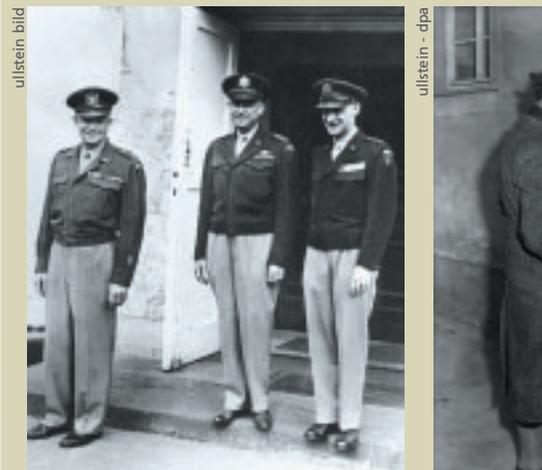
Bei Kriegsende wurde die Amerikanische Zone vom obersten alliierten Hauptquartier (SHAEF) aus verwaltet. General Dwight D. Eisenhower wurde der erste amerikanische Militärgouverneur, Generalleutnant Lucius D. Clay sein Stellvertreter. Im Juli 1945 trat das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa (USFET) die Nachfolge von SHAEF an. Im Herbst des Jahres wurde die Verantwortung für die Amerikanische Zone dem US-Militärregierungsamt unter Clays Führung übertragen. General Clay, ein ausgebildeter Bauingenieur, verfolgte in der Verwaltung der Amerikanischen Zone einen pragmatischen Kurs. Zu seinen Prioritäten gehörten die schnellstmögliche Wiederherstellung des Verkehrsnetzes, der Versorgungsbetriebe sowie der lokalen Selbstverwaltung. In allen drei Bereichen war er erstaunlich erfolgreich.

Schon drei Monate nach Kriegsende erhielten daher die seit 1933 in Deutschland verbotenen demokratischen Parteien die Erlaubnis, sich unter Aufsicht der US-Militärregierung neu zu konstituieren, um bei den Vorbereitungen der ersten Kommunalwahlen mitzuwirken. Sie erstellten Wahllisten, verfassten Wahlgesetze und nominier-

ten Kandidaten. Im Jahre 1946 fanden so die ersten freien Wahlen seit 1933 statt: In Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern wurde im Januar 1946 gewählt, es folgten Wahlen auf der Ebene der Landkreise im April und der Städte im Mai.

Auf der Ebene der Länder begannen ebenfalls Vorbereitungen für eine Demokratisierung. Als ersten Schritt beauftragte die US-Militärregierung die von ihr eingesetzten Ministerpräsidenten Bayerns, Württemberg-Badens, Hessens und Bremens (dort Präsident der Bürgerschaft), Verfassungen für ihre Länder auszuarbeiten. Die Entwürfe sollten dann in einem Volkentscheid verabschiedet werden und als Grundlage für demokratisch regierte Bundesländer dienen. Die Ministerpräsidenten beendeten ihre Arbeit im Oktober 1946 und legten der US-Militärregierung ihre Entwürfe zur Genehmigung vor. Gegen Jahresende wurden alle vier Verfassungen in Volksabstimmungen, die gleichzeitig mit den Landtagswahlen stattfanden, angenommen. Somit erhielten die vier Länder in der Amerikanischen Zone Anfang 1947 demokratisch gewählte Regierungen. In allen Fällen behielt sich die Militärregierung allerdings das Recht vor, in die Regierungsgeschäfte einzugreifen, falls dies aus ihrer Sicht erforderlich schien.

Oberhalb der Ebene der Länder errichtete die US-Militärregierung schon im Oktober 1945 einen Länderrat in ihrer Zone. Dieser befasste sich mit länderübergreifenden Fragen wie zum Beispiel der Eingliederung der Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, der Übernahme der Entnazifizierung durch deutsche Stellen im März 1946, der Rationierung von Lebensmitteln, der Wiedergutmachung und der Revision des Bürgerlichen und des Strafbuchgesetzes. Nach der wirtschaftlichen Vereinigung der Amerikanischen und der Britischen Zone am 1. Januar 1947 setzte eine Bizonen-Wirtschaftsverwaltung die Arbeit des Länderrates fort. Im Zuge der sich verschlechternden Beziehungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion unternahm die amerikanische Regierung einen weiteren Schritt zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Im Juni 1947 erklärte der amerikanische



▲ Militärregierung der amerikanischen Besatzungszone. Die Generale Dwight D. Eisenhower, Joseph T. Mc Narney und Lucius D. Clay in Berlin im Oktober 1946.

Außenminister George C. Marshall, dass seine Regierung beabsichtige, ein Hilfsprogramm für den europäischen Wiederaufbau zu finanzieren. Im April des folgenden Jahres genehmigte der amerikanische Kongress die nötigen Gelder zur Umsetzung des sogenannten Marshall-Plans.

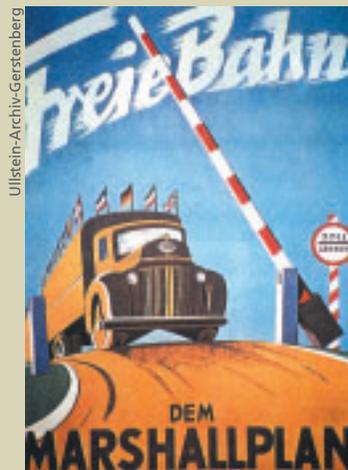
Einen weiteren wichtigen Punkt amerikanischer Besatzungspolitik bildeten Maßnahmen, um die deutsche Bevölkerung für die neue demokratische Ordnung zu gewinnen. Zu diesem »Re-Education«-Programm gehörte für die US-Militärregierung neben der Wiedereröffnung der Schulen und Universitäten auch der Versuch, eine Reihe von Reformen nach amerikanischem Muster im deutschen Bildungssystem durchzuführen. Die Deutschen widersetzten sich allerdings diesen Reformbestrebungen. Mehr Erfolg hatten die Amerikaner bei der Wiederbelebung einer freien Presse. Die ebenfalls 1945 gegründete Informationskontrollabteilung erteilte Lizenzen für die Zulassung von Tageszeitungen, Verlagshäusern, Radiosendern, Filmgesellschaften und Konzerten.

## Kalter Krieg und doppelte Staatsgründung

Auf diplomatischer Ebene vollzogen sich inzwischen dramatische Ereignisse. Die Vier-Mächte-Verwaltung in Berlin brach im Januar 1948 endgültig zusammen, als die sowjetische Delegation aus Protest gegen die Zusammenlegung der Amerikanischen und der Britischen Zone den Kontrollrat



▲ Gemeindewahlen in Groß-Hessen. Wahlplakate der KPD, SPD und CDU. 27. Januar 1946.



▲ Plakat zum Marshallplan 1948. Das European Recovery-Programm (ERP) hilft und öffnet Grenzen.



▲ Berliner beobachten am S-Bahnhof Tempelhof ein amerikanisches Luftbrücken-Flugzeug beim Start, 15. August 1948. (Nachträglich koloriert)

verließ. Die Lage bei den Verhandlungen im Außenministerrat verhielt sich ähnlich. Nach zweijährigem vergeblichen Ringen um einen Friedensvertrag mit Deutschland, der sowohl den Ansprüchen der Amerikaner, Briten und Franzosen als auch denen der Sowjets genügt hätte, wurden die Verhandlungen bis auf Weiteres vertagt, was faktisch deren Scheitern bedeutete. Die amerikanische Regierung hielt allerdings unbeirrt an ihrem Kurs des Wiederaufbaus in Deutschland fest – obwohl sich abzeichnete, dass diese Politik zu einer Teilung des Landes in einen West- und einen Ostteil führen könnte.

Die sowjetische Führung hatte anfangs gehofft, dass Deutschland als ganzes, aber »neutrales« Land erhalten bleiben würde. Ihre Kalkulation war, dass Moskautreue Kommunisten dann gute Chancen hätten, eine zukünftige Regierung in Deutschland zu übernehmen oder maßgeblich zu beeinflussen. Als diese Lösung zunehmend unwahrscheinlich wurde, begann die sowjetische Regierung mit der Planung für einen ostdeutschen Staat.

Die Spannungen in den Beziehungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion erreichten ihren Höhepunkt, als die Amerikaner, Briten und Franzosen im Juni 1948 eine Währungsreform in ihren Zonen durchführten. Die Sowjets reagierten mit der Blockade aller Land- und Wasserzufahrtswege nach West-Berlin. Damit beabsichtigten sie, die anderen Besatzungsmächte entweder an den Verhandlungstisch zurück- oder aus

Berlin herauszuzwingen. Die Amerikaner und die Briten reagierten mit einer Luftbrücke, welche die Stadt ein Jahr lang aus dem Westen mit dem Nötigsten versorgte und am Leben erhielt. Dieser unerwartete Erfolg der Westalliierten war für die Sowjetunion eine schwere diplomatische Niederlage, die sie im Mai 1949 zur Aufhebung der Blockade bewegte.

Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten war 1949 besiegelt. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet. Im September des Jahres wählten die Bürgerinnen und Bürger die Abgeordneten zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, Bonn wurde provisorische Bundeshauptstadt. Im darauffolgenden Monat wurde die Deutsche Demokratische Republik auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone geschaffen. Mit der Gründung der Bundesrepublik erlangten die Westdeutschen einen Teil ihrer staatlichen Souveränität zurück. Die Alliierten behielten sich allerdings das Recht vor, Außenpolitik, Handelsbeziehungen und zivile Luftfahrt des neuen Staates zu beaufsichtigen, und in besonderen Fällen die Regierungskontrolle sogar ganz zu übernehmen. Ein Besatzungsstatut regelte die deutsch-alliierten Beziehungen.

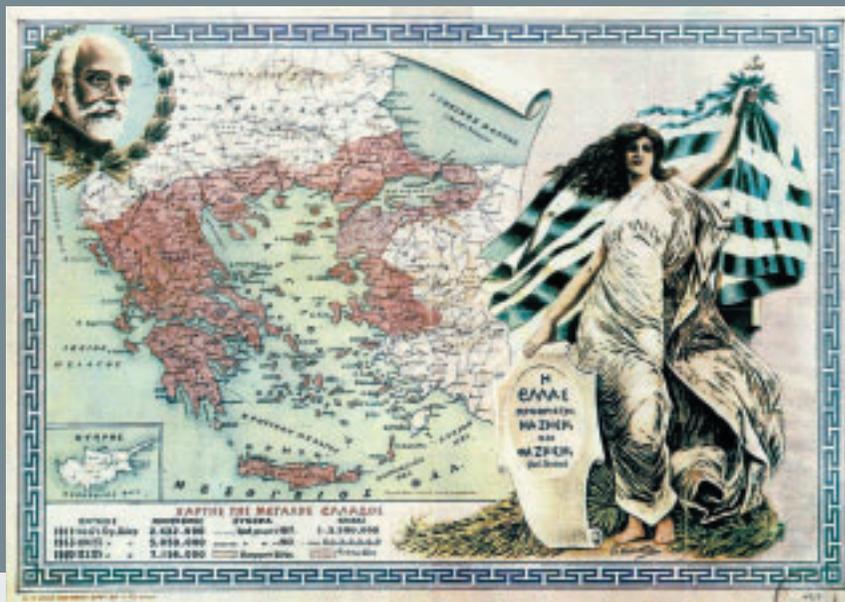
Der amerikanische Militärgouverneur wurde mit Gründung der Bundesrepublik durch einen zivilen Hohen Kommissar ersetzt. Der erste, der diesen Posten innehatte, war John J. McCloy, ein Rechtsanwalt, der zuvor sowohl stellvertretender Verteidigungs-

minister als auch Weltbankpräsident gewesen war. Drei Jahre später ratifizierten die Westalliierten den General- oder Deutschlandvertrag, der das Besatzungsstatut schwächte und Westdeutschland mehr Selbstbestimmungsrechte zugestand. Es sollte jedoch noch weitere drei Jahre dauern, bis die Bundesrepublik ihre staatliche Souveränität weitgehend erlangen würde. Langwierige Verhandlungen zwischen den Alliierten über den Beitritt der Bundesrepublik zum Nordatlantischen Bündnis führten 1955 schließlich zum Erfolg.

Am 9. Mai wurde (West-)Deutschland Mitglied der NATO. Gleichzeitig trat das Besatzungsstatut außer Kraft und James B. Conant, der Nachfolger McCloy's im Amt des Hohen Kommissars, wurde der erste amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Innerhalb eines Jahrzehntes waren Westdeutsche und Amerikaner nicht zuletzt aufgrund der Blockbildung im Kalten Krieg von Besetzten und Besatzern zu Partnern geworden. Die USA haben seitdem das erfolgreiche »deutsche Schema« auf verschiedene Konfliktherde der Welt zu übertragen versucht – mit wechselndem Erfolg.

■ *Bianka J. Adams*

# Die »Megali idea« und der Ursprung der griechisch-türkischen »Erbfeindschaft«



[http://de.wikipedia.org/wiki/Megali\\_idea](http://de.wikipedia.org/wiki/Megali_idea)  
Stand: 11. September 2007

Im Jahr 1453 eroberte der osmanische Sultan Mehmed II. die byzantinische Hauptstadt Konstantinopel (heute: Istanbul). Mit der Eroberung von Byzanz fielen auch die griechisch besiedelten Gebiete in Kleinasien sowie das griechische Mutterland an das Osmanische Reich. Die von den Osmanen beherrschten Völker Kleinasiens und des Balkan wurden von Beginn an durch das sogenannte Millet-System, einem Zugeständnis von Rechten bei gleichzeitigem Auferlegen von Pflichten für nichtmuslimische Minderheiten, in den Staat mit eingebunden. Den Griechen oblag darin eine Sonderstellung. So wurde dem griechisch-orthodoxen Klerus die Kontrolle über alle orthodoxen Religionsgemeinschaften übertragen. Der Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche residierte in Fanar, einem Stadtteil Konstantinopels, dessen fast ausschließlich griechische Bevölkerung (Fanarioten) vom osmanischen Sultan besonders privilegiert wurde. Trotz der Umwandlung der Hagia Sophia zur Hauptmoschee des Osmanischen Reiches war Konstantinopel das Zentrum der christlichen Orthodoxie geblieben und zudem die »größte griechische Stadt«. Viele Griechen brachten es als Händler und Reeder zu großem Reichtum. Auch im staatlichen Dienst und in der Verwaltung waren Griechen tätig. Im 18. Jahrhundert wurden Fanarioten zu Hospodaren (Fürsten) in der Walachei und der Moldau berufen. Im Außenministerium besetzten Griechen ebenfalls herausragende Positionen.

Das Gros der griechischen Landbevölkerung konnte allerdings nicht son-

▲ »Griechenland ist zum Leben bestimmt und wird leben.« Karte von Groß-Griechenland nach dem Friedensvertrag von Sèvres 1920, links oben im Bild: Eleftherios Venizelos.

derlich von der osmanischen Herrschaft profitieren. Eine griechische Identität gab es, wenn überhaupt, nur aufgrund der gemeinsamen orthodoxen Religion und der antiken Vergangenheit. Griechisch war keine offizielle Sprache mehr und zeitweise sogar verboten – hier sorgte vor allem die Kirche für ein Fortbestehen. Dennoch kam gegen Ende des 18. Jahrhunderts erstmals die »Megali idea«, die »Große Idee«, auf. Gemeint war die Errichtung eines eigenen Staates, der alle Griechen vereinen sollte – von Athen bis Konstantinopel, von den Ionischen Inseln bis zur kleinasiatischen Küste.

Ein organisierter Widerstand gegen die osmanische Besatzung ließ sich bis 1821 auf sich warten. Der im Untergrund operierende »Bund der Freunde«, dem vor allem reiche Kaufleute und Reeder angehörten, plante drei zeitlich aufeinander abgestimmte Aufstände in der Wallachei und der Moldau, in Konstantinopel und auf dem Peloponnes. Die nur von wenigen Eingeweihten initiierte Operation gelang jedoch lediglich auf dem Peloponnes, wo nach ersten Anfangserfolgen der Bischof von Patras am 25. März, dem heutigen Nationalfeiertag Griechenlands, die Bevölkerung zum allgemeinen Befreiungskrieg aufrief.

Innerhalb kürzester Zeit wurden die Osmanen vom Peloponnes vertrieben, der in Jahrhunderten aufgestaute Hass entlud sich in furchtbaren Massakern, die von der anderen Seite mit Glei-

chem vergolten wurden. Ende 1821 trat in Epidaurus eine Nationalversammlung der befreiten Gebiete zusammen, ohne jedoch die volle Unterstützung der Bevölkerung gewinnen zu können. In den folgenden Jahren war das Osmanische Reich aufgrund einer fehlenden schlagkräftigen Flotte nicht in der Lage, den Peloponnes zurückzuerobern. Erst als der osmanische Sultan 1825 seinen ägyptischen Vasallen Mehmet Ali dazu bewegen konnte, dessen große und modernisierte Flotte gegen den Aufstand auf dem Peloponnes einzusetzen, schien sich das Kriegsglück für die Griechen zu wenden. Die Niederlage konnte nur durch das gemeinsame Eingreifen der Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland abgewendet werden, die ihre eigenen Interessen durch eine Machtausweitung Mehmet Alis, dem vom Sultan die Herrschaft über den besetzten Peloponnes zugesichert worden war, beeinträchtigt sahen. In der Seeschlacht von Navarino wurde 1827 das Gros der ägyptischen Flotte von einer vereinten Seestreitmacht der drei Großmächte vernichtet. Der anschließende Landkrieg zwischen Russland und dem Osmanischen Reich führte schließlich 1830 im »Londoner Protokoll« zur Anerkennung eines kleinen unabhängigen griechischen Staates durch den osmanischen Sultan.

Nach der Ermordung des ersten griechischen Staatsoberhauptes, Ioan-



▲ Nach dem Scheitern der »Megali idea« kommt es in Smyrna zu brutalen Racheakten des türkischen Militärs gegenüber der griechischen Bevölkerung.

◄ Am 25. März 1821 segnet Germanos von Patras im Kloster Agia Lavra die griechischen Freiheitskämpfer und ruft zum allgemeinen Aufstand gegen die Osmanen auf.

nis Kapodistrias, bestimmten Großbritannien, Frankreich und Russland 1832 den bayerischen Prinz Otto zum König von Griechenland. Der neu gegründete Staat besaß also kein griechisches Staatsoberhaupt mehr. Bedeutender war aber, dass die Mehrheit aller Griechen nach wie vor im Osmanischen Reich lebte. Aus diesem Grund war die »Megali idea«, die Vereinigung aller Griechen in einem eigenen Staat, seit 1830 Schwerpunkt der griechischen Außenpolitik.

Das kleine, ökonomisch und militärisch schwache Griechenland konnte allerdings keinen offenen Krieg mit dem Osmanischen Reich wagen. Der einzige Versuch endete 1897 mit einer Niederlage. Dennoch gelang es in den folgenden Jahrzehnten, das Staatsgebiet zu vergrößern. 1864 wurden die Ionischen Inseln von Großbritannien erworben. Als Folge der Berliner Konferenz trat das Osmanische Reich 1881 Thessalien an Griechenland ab. Eine ernsthafte militärische Konfrontation mit dem Osmanischen Reich konnte Griechenland aber erst während der Balkankriege 1912/13 zusammen mit Serbien und Bulgarien wagen. Der »kranke Mann am Bosphorus« musste als Folge dieser Kriege Teile von Epirus und Makedonien an Griechenland abtreten sowie der Vereinigung Kretas mit dem griechischen Mutterland zustimmen.

Von einem Großgriechischen Reich im Sinne der »Megali idea« war Griechenland jedoch noch weit entfernt. Eine einzigartige Gelegenheit zur Realisierung derartiger Pläne bot sich erst im Verlauf des Ersten Weltkrieges. Griechenland war lange Zeit neu-

tral geblieben, obwohl der griechische König Konstantin einen Kriegseintritt auf Seiten der Mittelmächte in Erwägung gezogen hatte. Der griechische Premierminister Eleftherios Venizelos beabsichtigte indes, einen Kriegseintritt Griechenlands auf Seiten der Entente durchzusetzen, nicht zuletzt, um im Falle eines Sieges auf Kosten des auf der Seite der Mittelmächte kämpfenden Osmanischen Reiches Landgewinne erzielen zu können. Die daraus resultierenden innenpolitischen Auseinandersetzungen endeten mit der Niederlage des Königs. Er musste im Juni 1917 das Land verlassen. Nun erfolgte auch auf britischen Druck hin der Kriegseintritt Griechenlands, das nach Kriegsende durch den Friedensvertrag von Neuilly auf Kosten Bulgariens Westthrakien zugesprochen bekam.

Vom einstigen Osmanischen Reich sollte nach dem Willen der Entente nur noch das anatolische Kernland übrig bleiben. Im Friedensvertrag von Sèvres, dem »türkischen Vertrag von Versailles«, wurde Ostthrakien Griechenland zugesprochen, darüber hinaus ein Okkupationsrecht für die Region Smyrna (heute: Izmir), über deren weiteres Schicksal eine Volksabstimmung 1925 entscheiden sollte.

Im Osmanischen Reich hatte derweil General Kemal Pascha, der spätere Kemal Atatürk, den regierungsunfähigen Sultan entmachtet und die Erfüllung des Friedensvertrages von Sèvres abgelehnt. Mit der Rückendeckung Großbritanniens entsandte Griechenland ein Expeditionsheer, das Kemal Pascha stürzen und die »Megali idea« in die Tat umsetzen sollte. Der Vor-

stoß auf die neue Hauptstadt Ankara blieb allerdings stecken. Angesichts der militärischen Erfolge Kemal Paschas stellten die Alliierten die Unterstützung des griechischen Heeres ein. Es folgte, was als »kleinasiatische Katastrophe« in die Geschichte und vor allem in das historische Bewusstsein von Griechen und Türken einging: die totale Niederlage des griechischen Heeres, das auf seinem fluchtartigen Rückzug nur »verbrannte Erde« zurückließ. Aus Rache und übersteigertem Nationalismus ihrerseits ermordeten und deportierten die siegreichen Truppen Kemal Paschas Zehntausende in Kleinasien lebender Griechen, Hunderttausende mussten fliehen. Allein in Smyrna wurden über 30000 Griechen in einem grausamen Massaker ermordet. Mit dem am 24. Juli 1923 geschlossenen Vertrag von Lausanne akzeptierten die Alliierten die Revision des Friedensvertrages von Sèvres zugunsten des neuen türkischen Staates. Wenige Monate später, am 29. Oktober, proklamierte Kemal Pascha die Türkische Republik.

Der Vertrag von Lausanne besiegelte auch die »kleinasiatische Katastrophe« und das endgültige Scheitern der »Megali idea«: Durch einen vereinbarten Bevölkerungsaustausch, der nochmals unermessliches menschliches Leid bedeutete, mussten ca. 1,5 Millionen Griechen Kleinasien, und 360000 Türken Griechenland verlassen.

Die Wunden dieser Jahre sind noch immer nicht vollständig verheilt und spielen im kollektiven Bewusstsein von Griechen und Türken eine wichtige Rolle.

Julian-André Finke

## Nationalsozialismus

Auch über 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist das öffentliche Interesse an der Person Adolf Hitler groß. Das zeigt sich nicht nur durch Kinoerfolge, wie dem Historiendrama »Der Untergang« oder der Komödie »Mein Führer«. Es sind auch neuere Entdeckungen wie der erstaunliche Fund der Schellack-Plattensammlung Hitlers in Moskau, in der sich unter anderem Werke von russischen und jüdischen Komponisten befinden. Der Mythos, der Hitler noch immer umgibt, wird nicht nur durch die Aussagen der Zeitgenossen aus seinem Umfeld aufrechterhalten, sondern zum Teil auch durch deren Schweigen.



### Mit Hitler im Bunker

Bernd Freytag von Loringhoven, *Mit Hitler im Bunker. Die letzten Monate im Führerhauptquartier Juli 1944 – April 1945*, 4 Audio-CDs, 290 Min., WJS Verlag 2006. ISBN 3-86667-375-2; 14,80 €



Einer dieser Männer, die jahrelang geschwiegen haben, war Bernd Freytag von Loringhoven. Als Adjutant des Generalstabschefs des Heeres war er während der letzten neun Monate des Dritten Reiches ständig in der Nähe von Adolf Hitler und anderer mächtiger Persönlichkeiten des Regimes. Er bereitete die täglichen militärischen Lagebesprechungen für die sogenannte Führerlage vor. Am 29. April 1945 konnte Loringhoven aus Berlin fliehen und geriet in britische Kriegsgefangenschaft. Da ihm keine Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden konnten, wurde er 1948 entlassen. 1956 trat Loringhoven in die neu gegründete Bundeswehr ein. Als Stellvertreter

Generalinspekteur im Range eines Generalleutnants schied er 1973 aus dem Dienst aus. Er starb am 27. Februar 2007 in München.

Nachdem die Erinnerungen Loringhovens an seine Zeit im Führerhauptquartier 2006 zunächst auf Englisch und Französisch erschienen, sind sie nun auch als Hörbuch in deutscher Sprache erhältlich. Auf 4 CDs mit einer Gesamtspieldauer von 4:50 Stunden berichtet Loringhoven von seinem militärischen Werdegang. In 12 Kapiteln wird die dramatische Atmosphäre deutlich, die damals im Bunker herrschte. Die eigenen Eindrücke von Hitler, die Loringhoven für das Jahr 1939, als er den Diktator das erste Mal aus nächster Nähe gesehen hatte, und für ihr erstes Treffen 1944 schildert, können gegensätzlicher nicht sein. Der »Verführer« war zum »Wrack« und zur »menschlichen Ruine« geworden.

Einerseits betont Loringhoven Hitlers positive persönliche Erscheinung. So sei Hitler zumeist freundlich und nett gewesen und hat nach Familienangehörigen gefragt. Andererseits nennt er ihn einen Menschenverächter und Hasardeur, bescheinigt ihm Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern. Soldaten, Verwundete und Kriegsgefangene, Ausgebombte und Flüchtlinge waren Hitler egal.

Noch interessanter wird es, wenn Loringhoven auf sein eigenes Mitwissen in Bezug auf die Verbrechen der Nazis und seine Motivation zur Kriegführung zu sprechen kommt. Obwohl er täglich an den »Führerlagen« teilnahm, wusste er angeblich nicht die Namen der Konzentrationslager, denn sie seien in den Besprechungen nicht genannt worden. Er habe nach jedem Feldzug bis zum Angriff auf die Sowjetunion den Friedensbeteuerungen Hitlers Glauben geschenkt und sei von ihm »eingelullt« worden.

Gerade hinsichtlich der letzten Kriegsphase im Bunker kritisiert Loringhoven die große Beharrlichkeit Hitlers, unbedingt durchschlagende Erfolge erzielen zu wollen. Je schwieriger die Lage war, desto sturer wurde dessen Einstellung zu einem »Halten um jeden Preis«. Es galt, die Macht mit allen Mitteln zu erhalten. Gerade dabei hätte Hitlers geschickte Dialektik und

seine scheinbare Logik selbst hochrangige Offiziere, die in militärischen Fragen eigentlich mehr Erfahrung besaßen und die Lage besser einschätzen konnten, »bekehrt«. Während Loringhoven sich selbst einen »beschränkten Horizont« bescheinigt, zeichnet er in diesem Hörbuch insgesamt ein schonungsloses Bild des Misstrauens in einem heillosen Durcheinander, in dem Jeder gegen Jeden agierte.



### Der Führerbunker

Christoph Neubauer, *Der Führerbunker (1935–1942)*. Eine virtuelle Rekonstruktion, DVD, 50 Min., Christoph Neubauer Verlag 2007. ISBN 978-3-98115-930-1; 24,90 €



Christoph Neubauer ist es mit Hilfe neuester Computertechnologie gelungen, eine wissenschaftlich fundierte virtuelle Rekonstruktion des ersten Abschnitts des Führerbunkers, der später als Vorbunker bekannt geworden ist, zu gestalten. Die mittlerweile im Handel erhältliche DVD enthält eine Computeranimation, die als ca. 40-minütiger Film mit Kommentar einen Einblick in die Entstehungszeit des Bunkers von 1935 bis 1942 gibt.

Im Zuge der allgemeinen Aufrüstung und der Kriegsvorbereitungen erfolgten vermutlich schon 1935 erste Planungen für einen Luftschutzraum. Da gleichermaßen ein neuer Festsaal geplant war, wurde dieses Vorhaben mit dem Bau des Luftschutzraumes, des späteren Vorbunkers des eigentlichen Führerbunkers, für die Angestellten und Bewohner der Reichskanzlei verknüpft. Damit entstanden diese

beiden Konstruktionen in einer »statischen Symbiose« neben dem gerade erst neu errichteten Speisesaal.

Der Film stellt in seinen Animationen den Bauverlauf des Vorbunkers der Alten Reichskanzlei, und den Ausbau der Befestigungsanlagen der Neuen Reichskanzlei bis 1942 dar. Technische Details und Besonderheiten werden grafisch hervorgehoben, so dass auch Laien die statischen Feinheiten verstehen können. Die 21 Räume des Bunkers, der sich auf einer Fläche von 18,9 m x 18,5 m erstreckte und dessen 1,60 m dicke Stahlbetondecke trotzdem noch eine Raumhöhe von 3,05 m zuließ, waren durch einen Haupteingang und zwei Nebeneingänge gesichert und mit Gasschleusen

ausgestattet. Notstromaggregate und eine Luftfilteranlage nahmen zwar viel Platz in den Räumen ein, garantierten aber ein Überleben der Bunkerinsassen im Falle eines Gasangriffes.

Das Gebäude des sich darüber befindlichen Festsaals war so konstruiert, dass Beschädigungen des Daches oder der Wände nicht zur kompletten Zerstörung derselben führten, sondern die Gesamtkonstruktion erhalten blieb. Dabei diente der Bunker mit seinen Wänden als zusätzliches Stützen des Fundament.

Der Film erzeugt mit seinen Licht- und Schattenspielen eine lebendige Atmosphäre, die Wechsel zwischen verschiedenen Perspektiven erlaubt. Verstärkt werden diese Effekte durch

die sprudelnden Wasserfontänen der Springbrunnen und die durch den Wind bewegten Blätter der Bäume im Garten der Reichskanzlei.

In einem zweiten, etwa 10-minütigen Film geht Christoph Neubauer noch einmal persönlich auf die einzelnen Räume des Bunkers ein. In einem einzigen Gang ohne Kameraschnitt wird der Bunker einmal virtuell umrundet und danach kurz durchschritten. Zwar sind nur die Maße der Wände sowie Luftfilter, Wassertanks und Lampen durch Fotos nachgewiesen, in der Sequenz ist der Bunker aber dennoch fiktiv im Stil der damaligen Jahre eingerichtet worden.

sts

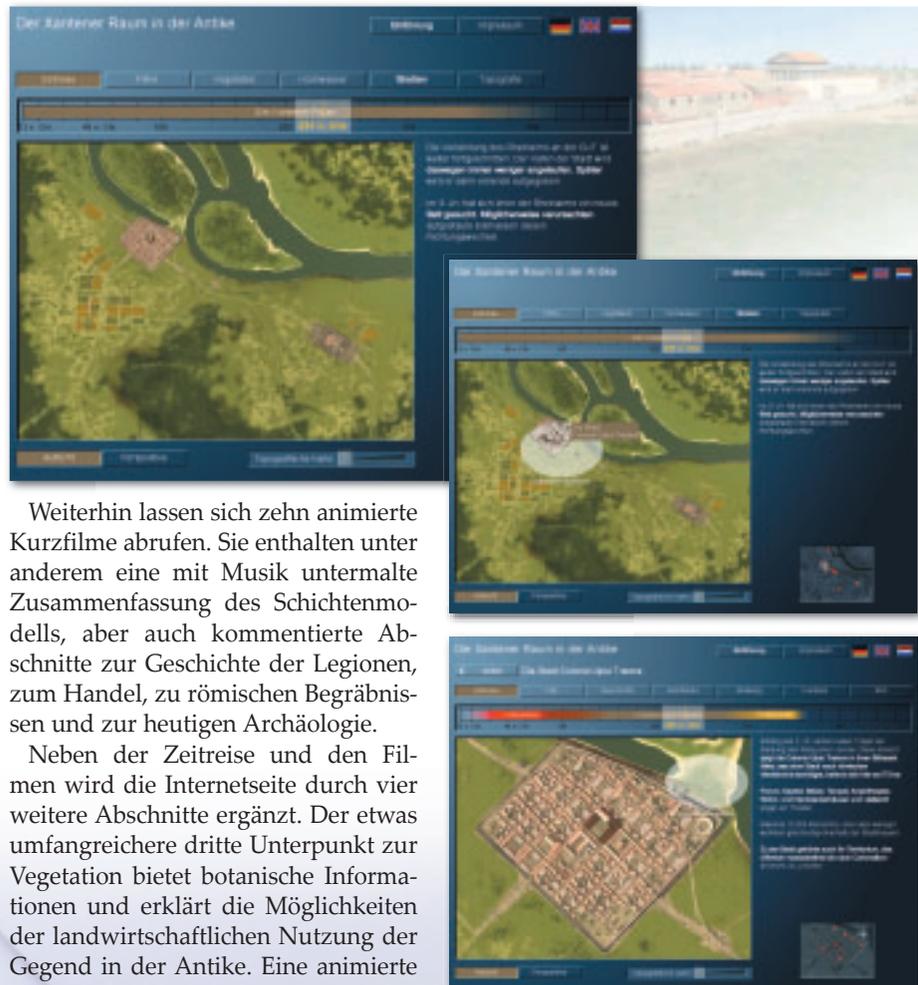


## Antike

**Der Xantener Raum in der Antike**  
<http://xanten.afg.hs-anhalt.de/desk30.html>

Mit einer digitalen Zeitreise durch fünf Jahrhunderte Antike in Xanten wartet diese Seite des Landschaftsverbandes Rheinland in Deutsch, Englisch und Niederländisch auf. In einem »Schichtenmodell« wird die Bebauung des Raumes Xanten seit den ersten nachgewiesenen Strukturen unter dem römischen Kaiser Augustus 15/12 v. Chr. dargestellt: zuerst das Legionslager Vetera Castra, dann die Stadt Colonia Ulpia Traiana und gegen Ende des vierten Jahrhunderts die Festung Tricensimae.

Besonders die einfache Steuerung macht diese Reise zu einem virtuellen Vergnügen. Eine Zeitachse sorgt mit entsprechenden Informationstools für eine lineare Darstellung. Durch einen vergrößerten, elliptisch geformten Cursor lassen sich die eigentlichen Strukturen der Grabungen im Kartenfenster betrachten, während im Umfeld die Rekonstruktionen zu sehen sind. In zwei verschiedenen Ansichten, der Aufsicht und der Perspektive, sind nicht nur die baulichen, sondern auch die damit einhergehenden Veränderungen der Landschaft erkennbar.



Weiterhin lassen sich zehn animierte Kurzfilme abrufen. Sie enthalten unter anderem eine mit Musik untermalte Zusammenfassung des Schichtenmodells, aber auch kommentierte Abschnitte zur Geschichte der Legionen, zum Handel, zu römischen Begräbnissen und zur heutigen Archäologie.

Neben der Zeitreise und den Filmen wird die Internetseite durch vier weitere Abschnitte ergänzt. Der etwas umfangreichere dritte Unterpunkt zur Vegetation bietet botanische Informationen und erklärt die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Nutzung der Gegend in der Antike. Eine animierte Hochwassersituation im vierten Kapitel zeigt, warum das bebaute Gelände keinen Hochwasserschutz brauchte. Die letzten beiden Abschnitte beschäftigen sich mit den damaligen Verkehrswegen und der Topographie.

Insgesamt bietet die Internetseite interessante und auch für den Laien verständliche Einblicke in die Entwicklung einer römischen Befestigungsanlage.

sts

## Antike

Siegreich waren die Römer in ihrer mehr als 1000-jährigen Geschichte, siegreich gegen eine Vielzahl von Gegnern, die unterschiedlicher nicht sein konnten. Ein Grund für die römischen Erfolge lag in der Fähigkeit, sich jeweils der veränderten sicherheitspolitischen Lage strukturell anzupassen, sei es gegen Hannibal, sei es gegen Griechen, Gallier oder Germanen. Die antike Version einer militärischen »Transformation« beschreibt nun auf anschauliche Weise die britische Historikerin Jane Penrose aus Oxford. In



Jane Penrose,  
Rom und seine Feinde.  
Kriege – Taktik – Waffen,  
Stuttgart 2007.  
ISBN 978-3-8062-2064-3;  
304 S., 34,90 €

einem prachtvoll ausgestatteten Bildband präsentiert sie auf über 300 Seiten ein überaus kriegerisches Szenario: Von der sagenhaften Gründung der Stadt im Jahr 753 v. Chr. bis zum Ende der Antike um 500 n. Chr. werden Kriege, Feldzüge und Schlachten Roms detailreich beschrieben, aber auch die verschiedenen Kriegsmittel wie Organisation, Ausrüstung oder Bewaffnung umfassend dargestellt. Die jeweiligen Feinde Roms werden – auch anhand einschlägiger Quellentexte – vorgestellt und nicht nur die militärische, sondern auch soziale oder religiöse Lebenswelt der betreffenden Völker und Stämme berücksichtigt. Die politischen Entwicklungen, Ursachen und Anlässe, finden sich – wenn auch mitunter arg vereinfachend – zu Beginn eines jeden Konflikts beschrieben.

Hervorzuheben ist die kluge Auswahl und fabelhafte Qualität der Abbildungen, die auch kleine bildliche Details nachzuvollziehen erlaubt, wenig ansprechend jedoch ist der oft abrupte, gehetzt wirkende Schreibstil, der nicht dem Übersetzer anzulasten ist. Dennoch ist dieses Buch als ein Überblickswerk für den historisch Interessierten uneingeschränkt zu empfehlen.

Loretana de Libero

## Krieg in der Geschichte

Die mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikte unserer Gegenwart werden nahezu synonym als »asymmetrische« und damit zugleich als »neue« Kriege wahrgenommen. Diese »neuen« Kriege grenzen sich von den herkömmlichen »alten« dadurch ab, dass sie nicht mehr zwischen souveränen Staaten ausgetragen werden, sondern aus der Bedrohung eines Staates durch nicht-staatliche Gruppierungen resultieren. Terroristische Gewaltakte spielen dabei eine zentrale Rolle. Doch wie »neu« sind die »asymmetrischen« Kriege wirklich?

In der renommierten Reihe »Krieg in der Geschichte« ist nun ein Sammelband erschienen, der sich mit dem Phänomen Krieg und dessen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund dieser Frage auseinandersetzt. Die Autoren spannen in insgesamt 21 Beiträ-



Dietrich Beyrau, Michael Hochgeschwender und Dieter Langewiesche (Hrsg.), Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart, Paderborn, München, Wien, Zürich 2007 (= Krieg in der Geschichte, Bd. 37). ISBN 978-3-506-76368-6; 522 S., 39,90 €

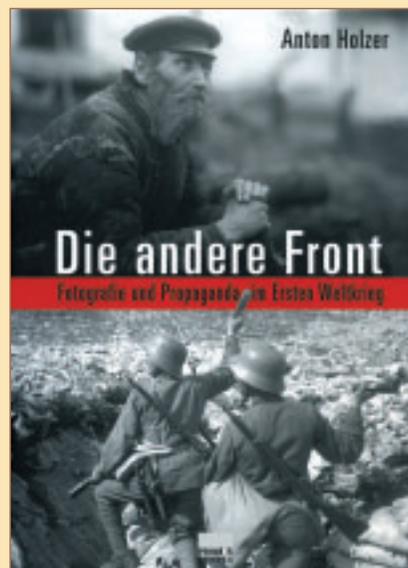
gen einen Bogen von der Antike bis zur Gegenwart, wobei ein Beitrag sogar die Möglichkeit von Kriegen im Tierreich behandelt. Durch ihre vergleichende Betrachtungsweise gewinnen die Autoren bemerkenswerte Erkenntnisse: So sind gerade für Althistoriker und Mediävisten die »neuen« Kriege nicht wirklich neu, denn sie »gleichen den Kriegen in jenen Zeiten, in denen ein staatliches Kriegsmonopol sich nicht durchsetzen ließ.«

Insgesamt bietet der Sammelband einen epochenübergreifenden Einblick in die Formen des Krieges und wird sich mit Sicherheit als ein militärgeschichtliches Standardwerk etablieren.

mn

## Erster Weltkrieg

Über Jahrzehnte stand die Westfront im Zentrum der europäischen kollektiven Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. In dem Bildband »Die andere Front« nimmt nun Anton Holzer den Krieg im Osten und Südosten in den Blickpunkt. Die rund 500,



Anton Holzer, Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Mit unveröffentlichten Originalaufnahmen aus dem Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Darmstadt 2007. ISBN 978-3-89678-338-7; 368 S., 39,90 Euro

größtenteils unveröffentlichten Aufnahmen stammen von Profi- wie auch von Amateurfotografen; gesammelt hat sie das Kriegspressequartier der Propagandaabteilung des österreichischen Heeres.

Im Laufe dieses ersten großen Medienkrieges wuchsen Militär und (fotografische) Medien immer enger zusammen. Es kam, so Holzer, »zu einer Symbiose zwischen Kriegsführung und Propaganda«, die sich nicht zuletzt auch in Zensur oder Bildmanipulation widerspiegelte. Holzer interessiert bei seinen präzisen Bildanalysen vor allem die Frage, wie die Bilder zur Entstehungszeit gelesen wurden – auch von Seiten des Kriegsgenegers, dargestellt etwa anhand einer Fotoserie, welche die Hinrichtung Cesare Battistis, vor dem Krieg italienischer Abgeordneter des österreichischen Reichsrates, zeigt. Die Bilder verschwanden auf Anordnung der

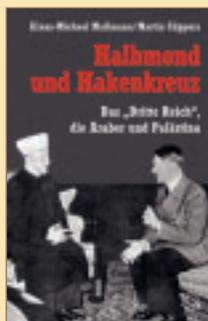
Militärzensur wenige Tage nach der Hinrichtung aus der österreichischen Öffentlichkeit, da sie, wie Karl Kraus in seinem Drama »Die letzten Tage der Menschheit« bemerkt, »als Gruppenbild des k.k. Menschentums in den Schaufenstern aller feindlichen Städte ausgestellt« worden waren.

Weitere, bislang quasi eher »unterbelichtete« Aspekte des Ersten Weltkrieges nimmt der Autor, ein Fotohistoriker, in den Blick: Massendepportationen, Flucht und Vertreibung oder die Zivilbevölkerung in den eroberten Gebieten. Eindrucksvoll beweist Holzer, »dass die Fotografie ebenfalls Geschichte schreibt und erzählt«, auch wenn sie bloß, wie die Geschichtswissenschaft lange Zeit monierte, auf einen schmalen Ausschnitt aus der Geschichte fixiert ist.

mit

## Zweiter Weltkrieg

Die heutigen Probleme im Nahen Osten sind untrennbar mit der Kolonialgeschichte Palästinas, dem Zweiten Weltkrieg und dem Postkolonialismus verbunden. Viel ist über Ursachen, Mentalitäten und die Religionsfrage gestritten und geschrieben worden. Ein eher selten angesprochenes Thema ist dagegen die jenseits der nationalsozialistischen »Rassenhierarchie« bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Dritten Reich und einzelnen radikalen nationalarabischen und palästinensischen Gruppierungen, deren Sprachrohr über lange Jahre hinweg Amin Al Husseini,



Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers, **Halbmond und Hakenkreuz**. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina. 2., durchges. Aufl., Darmstadt 2007 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 8). ISBN 978-3-53419729-3; 287 S., 49,90 €

der »Mufti von Jerusalem«, war. Einer Darstellung und Analyse dieser Kooperation zwischen »Halbmond und Hakenkreuz« widmen sich Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers in ihrer erstmals 2006 erschienenen Publikation, deren zweite Auflage nun im Handel erhältlich ist.

Zu Beginn der 1920er Jahre stand für die Palästinenser die Errichtung eines eigenen Staates im Zentrum aller »politischen« Bemühungen. Konzeptionell war damit die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung vom Territorium des neu zu schaffenden Staates verbunden. Der Beginn der Zusammenarbeit einiger palästinensischer Gruppierungen mit dem NS-Regime in Deutschland bedeutete eine Radikalisierung dieser Bestrebungen: Schließlich wurde die völlige »Beseitigung« aller Juden aus Palästina angestrebt. Mit dem Vorrücken der Wehrmacht in den Kaukasus und in Nordafrika bis nach Ägypten 1942 schien die Gefahr einer tödlichen Zangenbewegung für die jüdische Bevölkerung in Palästina Realität zu werden.

Anhand zahlreicher, bisher kaum berücksichtigter Dokumente zeichnen Mallmann und Cüppers die verhängnisvolle Allianz auf, bleiben aber ihren einleitenden Worten treu und stellen den Islam und die Araber nicht unter den Generalverdacht der Kollaboration mit Nazideutschland.

Stephan Theilig

## Bundeswehr

»Jede wissenschaftliche Untersuchung beginnt mit einem Rätsel, mit offenen Fragen. Hier sind es zwei. Die erste lautet: Wer sind die Männer, die als Generalität die Kerngruppe der Militärelite der Bundesrepublik stellen? Daraus ergibt sich dann die zweite: Warum wissen wir bisher so wenig von ihnen?«

Diese beiden Leitfragen stellt Klaus Naumann im ersten Teil seines Buches, der mit »Unbekannte Wesen« überschrieben ist. Es folgt der Blick auf die Frühzeit der Bundeswehr unter dem Titel »Offiziere ohne Armee – ehemalige Militärs im Vorfeld der Bundeswehrgründung«. Dazu wurden wissenschaftliche Interviews mit Offizieren und ehemaligen Generalen



Klaus Naumann, **Generale in der Demokratie**. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite, Hamburg 2007. ISBN 978-3-936096-76-7; 383 S., 28,00 €

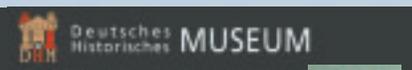
aus den 1950er Jahren ausgewertet. Im dritten Teil, »Lebenskonstruktionen von Bundeswehrgeneralen«, analysiert Klaus Naumann beispielhaft die lebensgeschichtlichen Interviews von fünf Generalen, die in den Anfangsjahren der Bundeswehr Soldat wurden. Abgeschlossen wird die Untersuchung mit dem Kapitel »Vom ›Nein, aber‹ zum ›Ja aber‹: Offiziersgenerationen der Bonner Republik – Verwandlungszonen (III)«.

Es ergeben sich wichtige Aussagen zum Wandel des Selbstverständnisses der Generalität. Die unterschiedlichen Prägungen und Haltungen werden an den Begriffen »Mittelgeneration« (Jahrgänge um 1913), »junge Kriegsoffiziere« (um 1920), »Flakhelfer« (1927 bis 1930) und »Kriegsjugendgeneration« (bis Jahrgang 1937) festgemacht. Es folgte ab Jahrgang 1938 die erste Generation Wehrpflichtige der Bundeswehr.

Die Publikation bietet eine fundierte Analyse der unterschiedlichen Generationen in der Bundeswehrelite, der sie prägenden Erfahrungen sowie ihrer geistigen Auseinandersetzung mit der Demokratie und ist nicht nur für Soldatinnen und Soldaten lesenswert.

hp

● **Berlin**



**Novo Mundos – Neue Welten. Portugal und das Zeitalter der Entdeckungen**



Deutsches Historisches Museum – Pei-Bau  
Hinter dem Gießhaus 3  
10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 20 30 40  
Telefax: 0 30 / 20 30 45 43  
[www.dhm.de](http://www.dhm.de)

**e-Mail:**  
[besky@dhm.de](mailto:besky@dhm.de) (Führungen)

**24. Oktober 2007 bis**

**7. Februar 2008**

täglich 10.00 bis 18.00 Uhr  
Eintritt: 4,00 €

(unter 18 Jahren frei)

**Verkehrsbindung:**

*S-Bahn: Stationen*

»Hackescher Markt« und

»Friedrichstraße«;

*U-Bahn: Stationen*

»Französische Straße«,

»Hausvogteiplatz« und

»Friedrichstraße«; *Bus: Linien*

100, 157, 200 und 348 bis

*Stationen* »Staatsoper«

oder »Lustgarten«.

**Unsere**

**Russen –**

**Unsere Deutschen.**

**Bilder vom Anderen**

**1800–2000**

Eine Ausstellung des  
Deutsch-Russischen  
Museums Karlshorst  
im Schloss Charlottenburg,  
Neuer Flügel

Spandauer Damm 10–22

14059 Berlin-

Charlottenburg

Telefon: 03 31 / 9 69 42 00

[www.spsg.de](http://www.spsg.de)

**e-Mail:**

[besucherzentrum@spsg.de](mailto:besucherzentrum@spsg.de)

**8. Dezember 2007 bis**

**2. März 2008**

Dienstag bis Freitag

10.00 bis 18.00 Uhr

Samstag und Sonntag

11.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt: 6,00 €

ermäßigt: 5,00 €

**Verkehrsbindung:**

*S-Bahn: bis »Jungfernhöhe«,*

*dann per Bus oder ca. 15*

*Minuten zu Fuß; U-Bahn:*

*Linie 7 bis »Richard-Wagner-*

*Platz«, dann mit dem Bus bis*

*»Schloss Charlottenburg«;*

*Bus: Linien 309, 109, 145,*

*M 45 bis Haltestelle »Schloss*

*Charlottenburg«.*

● **Bonn**



**Krieg und Frieden.**

**Kelten – Römer –**

**Germanen**

Rheinisches

Landesmuseum Bonn

Colmantstraße 14–18

53115 Bonn

Telefon: 02 28 / 20 70 -0

Telefax: 02 28 / 20 70 -150

[www.rlmb.lvr.de/ausstellungen](http://www.rlmb.lvr.de/ausstellungen)

**e-Mail:** [rlmb@lvr.de](mailto:rlmb@lvr.de)

**21. Juni 2007 bis**

**6. Januar 2008**

Dienstag und Donnerstag

bis Sonntag

10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch

10.00 bis 21.00 Uhr

Montag Ruhetag

Eintritt: 5,00 €

ermäßigt: 2,00 €

● **Delitzsch**

**Bundeswehr im Einsatz**

Unteroffizierschule

des Heeres

Lehrgruppe A

Feldwebel-Boldt-Kaserne

Feldwebel-Boldt-Straße 1

04509 Delitzsch

Telefon: 03 42 02 / 77 -3020

**18. Oktober bis**

**5. Dezember 2007**

● **Fürstfeldbruck**

**Aufstand des Gewissens**

Offizierschule der

Luftwaffe

Fliegerhorst

Fürstfeldbruck

Straße der Luftwaffe 351–

354 / 234

82242 Fürstfeldbruck

Telefon: 0 81 41 / 53 60 -1211

**26. September bis**

**17. Dezember 2007**

● **Königstein**

**Radschlosswaffen aus der**

**Rüstkammer Emden**



Festung Königstein GmbH

01824 Königstein

Telefon: 03 50 21 / 6 46 07

Telefax: 03 50 21 / 6 46 09

[www.festung-koenigstein.de](http://www.festung-koenigstein.de)

**e-Mail:**

[info@festung-koenigstein.de](mailto:info@festung-koenigstein.de)

**10. Februar 2007 bis**

**1. Januar 2008**

Oktober bis März

09.00 bis 17.00 Uhr

April bis September

10.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt: 5,00 €

ermäßigt: ab 2,00 €

**Verkehrsbindung:**

*Pkw: A 17 Dresden-Prag*

*(Abfahrt Pirna), weiter auf*

*B 172 Dresden-Bad Schandau;*

*S-Bahn: Linie1: Dresden-*

*Königstein– Schöna; Bus:*

*Linie 241 Pirna-Königstein*

*bis Haltestelle »Abzweig*

*Festung«.*

● **Ludwigsburg**

**Zwischen Kunst und**

**Kitsch. Erinnerungskultur**

**der Soldaten**

Garnisonmuseum

Ludwigsburg

Asperger Straße 52

71634 Ludwigsburg

Telefon: 0 71 41 / 9 10 24 12

Telefax: 0 71 41 / 9 10 23 42

[www.garnisonmuseum-](http://www.garnisonmuseum-ludwigsburg.de)

[ludwigsburg.de](http://www.garnisonmuseum-ludwigsburg.de)

**e-Mail:**

[info@garnisonmuseum-](mailto:info@garnisonmuseum-ludwigsburg.de)

[ludwigsburg.de](mailto:info@garnisonmuseum-ludwigsburg.de)



**1. Juli 2007 bis**

**30. April 2008**

Mittwoch

15.00 bis 18.00 Uhr

Sonntag

13.00 bis 17.00 Uhr

(und auf Anfrage)

Eintritt frei

**Verkehrsbindung:**

*S-Bahn: S 4 und S 5 (von*

*Stuttgart bzw. Bietigheim)*

*bis Station »Ludwigsburg«.*

● **Lübben**

**Paul**

**Gerhardt**

**und der**

**Dreißig-**

**jährige Krieg**

Museum Schloss

Lübben - Stadt- und

Regionalmuseum

Ernst-von-Houwald-

Damm 14

15907 Lübben (Spreewald)

Telefon: 0 35 46 / 18 74 78

Telefax: 0 35 46 / 18 63 69

**e-Mail:**

[stadt\\_luebben.museum@](mailto:stadt_luebben.museum@t-online.de)

[t-online.de](mailto:stadt_luebben.museum@t-online.de)

**12. Oktober bis**

**25. November 2007**

April bis Oktober

Dienstag bis Sonntag

10.00 bis 17.00 Uhr

November bis März

Mittwoch bis Freitag

10.00 bis 16.00 Uhr

Samstag und Sonntag

und an Feiertagen

13.00 bis 17.00 Uhr

Eintritt: 4,00 €

ermäßigt: 2,00 €



● **Lützen**



**Gustav Adolf - König von Schweden. Die Kraft der Erinnerung 1632-2007**

Museum Schloss Lützen  
Schlossstraße 4  
06686 Lützen  
Telefon: 03 44 44 / 9 06 92  
oder 2 02 28  
(Schlossmuseum)  
Telefax: 03 44 44 / 9 06 93  
[www.luetzen2007.de](http://www.luetzen2007.de)  
e-Mail:  
[museum.luetzen@gmx.de](mailto:museum.luetzen@gmx.de) oder  
[ausstellung@luetzen2007.de](mailto:ausstellung@luetzen2007.de)

**1. September bis  
2. Dezember 2007**  
Dienstag bis Sonntag  
10.00 bis 18.00 Uhr  
Montag:  
Besichtigung von Gruppen  
auf Anfrage  
Eintritt: 5,00 €  
ermäßigt: ab 3,00 €  
Verkehrsbindung:  
Pkw: über die A 9 bzw. A 38  
bis Abfahrt Lützen. Eine  
Anfahrtsskizze findet sich  
unter [www.luetzen2007.de](http://www.luetzen2007.de).

● **München**



**Mythos Troja**

Antikensammlung und  
Glyphtothek am Königsplatz  
Königsplatz  
80333 München  
Telefon: 0 89 / 5 99 88 83 0  
(Antikensammlungen)  
Telefon: 0 89 / 2 86 10 0 ➔

(Glyphtothek)  
Telefax: 0 89 / 2 89 27 51 6  
[www.antike-am-koenigsplatz.mwn.de](http://www.antike-am-koenigsplatz.mwn.de)  
e-Mail:  
[info@antike-am-koenigsplatz.mwn.de](mailto:info@antike-am-koenigsplatz.mwn.de)

**bis 31. Januar 2008**  
Dienstag bis Sonntag  
10.00 bis 17.00 Uhr  
Antikensammlung:  
Mittwoch  
10.00 bis 20.00 Uhr  
Glyphtothek :  
Donnerstag  
10.00 bis 20.00 Uhr  
Eintritt: 5,50 €  
ermäßigt: 3,50 €  
(der Eintritt gilt für beide  
Museen)  
Sonntag 2,00 € bzw.  
1,00 € für eines der Museen  
Verkehrsbindung:  
Bahn: U 2 und U 8 bis  
Haltestelle »Königsplatz«;  
Tram 27 bis Haltestelle  
»Karolinenplatz«, von dort  
ca. 5 Minuten Fußweg zum  
Königsplatz.

● **Münster**



**Entlang der Weichsel  
und Memel. Historische  
Landkarten von Ost- und  
Westpreußen, Polen und  
dem Baltikum**  
Westpreussisches  
Landesmuseum  
Am Steintor 5  
48167 Münster  
Telefon: 0 25 06 / 81 01 2 -0  
Telefax: 0 25 06 / 81 01 2 -14  
[www.westpreussisches-landesmuseum.de](http://www.westpreussisches-landesmuseum.de)  
e-Mail:  
[westpreussisches-museum@t-online.de](mailto:westpreussisches-museum@t-online.de)

**20. Oktober bis  
9. Dezember 2007**  
Dienstag bis Sonntag  
10.00 bis 18.00 Uhr  
Eintritt: 1,00 €  
ermäßigt: 0,50 € ➔

Freitags Eintritt frei  
Verkehrsbindung:  
Pkw: Aus Münster über die  
Wolbecker Straße, von der  
Autobahn A 1 und A 43 bis  
zum Autobahnkreuz Münster-  
Süd, Richtung Münster auf  
die Umgehungsstraße B 51  
Richtung Bielefeld/Warendorf,  
von der Abfahrt Münster-  
Wolbeck über die Wolbecker  
Straße/Münsterstraße bis  
zum Ortskern Wolbeck; Bus:  
Vom Hauptbahnhof Münster  
mit der Linie 8 bis Haltestelle  
»Wolbeck-Markt« oder mit der  
Linie R22/32 bis Haltestelle  
»Wolbeck-Sültemeyer«.

● **Prora**

**Juden im Widerstand**  
Dokumentationszentrum  
Prora  
Objektstraße, Gebäude 1  
18609 Prora  
Telefon: 03 83 93 / 1 39 91  
Telefax: 03 83 93 / 1 39 34  
[www.proradok.de](http://www.proradok.de)  
e-Mail: [presse@proradok.de](mailto:presse@proradok.de)

**5. Oktober 2007 bis  
Frühjahr 2008**

Oktober  
täglich 10.00 bis 18.00 Uhr  
November bis Februar  
täglich 11.00 bis 16.00 Uhr  
Eintritt: 3,00 €  
ermäßigt: 2,00 €  
(Kinder unter 14 Jahren  
freier Eintritt)  
Verkehrsbindung:  
Pkw: Von Stralsund über den  
Rügendamm auf der B 196  
über Karow und weiter auf  
der B 196a nach Prora; Bahn:  
Regionalbahn von Stralsund-  
Bergen bzw. Binz/Rügen bis  
Station »Prora (Nord)« oder  
»Prora-Ost«.

● **Schwalmstadt**

**Kunst  
und Kultur  
um Stalag  
IX A**  
Gedenkstätte und Museum  
Trutzhain  
Seilerweg 1  
34613 Schwalmstadt ➔



Telefon: 0 66 91 / 71 06 62  
[www.gedenkstaette-trutzhain.de](http://www.gedenkstaette-trutzhain.de)  
e-Mail: [info@gedenkstaette-trutzhain.de](mailto:info@gedenkstaette-trutzhain.de)

**bis 30. Dezember 2007**  
Dienstag bis Donnerstag  
9.00 bis 13.00 Uhr und  
14.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag  
9.00 bis 13.00 Uhr  
2. und 4. Sonntag im Monat  
14.00 bis 17.00 Uhr  
Eintritt Frei  
Verkehrsbindung:  
Pkw: Zufahrt von der B 454  
Schwalmstadt-Neukirchen-  
Bad Hersfeld, beim Verlassen  
des Kreisverkehrs links,  
nächste Straße (Hauptstraße)  
rechts, zweite Straße links  
(gegenüber der Freiwilligen  
Feuerwehr). Eine Anfahrts-  
kizze findet sich auf der  
Internetseite unter »Kontakt«,  
dann »Verkehrsbindung«;  
Bus: ab Treysa, Bahnhofsvor-  
platz (nur an Werktagen)  
Linie 471/479 nach Ottrau  
bis Haltestelle »Trutzhain,  
Hauptstraße«.

● **Wolkenstein**

**Tsingtau – Quingdao. Eine  
Reise in die Vergangenheit**



Militärhistorisches Museum  
Wolkenstein  
Schloßplatz 4  
09429 Wolkenstein  
Telefon: 03 73 69 / 8 77 50  
**10. November 2007 bis  
30. März 2008**  
Dienstag bis Sonntag  
10.00 bis 17.00 Uhr  
Eintritt: 2,00 €  
ermäßigt 1,50 €  
Verkehrsverbindung:  
Bahn: Von Hbf Chemnitz mit  
SEV in Richtung Annaberg,  
Haltestelle »Wolkenstein«.

**5. Dezember 1757 Schlacht bei Leuthen**

▲ Schlacht von Leuthen: Sturm auf das Kirchenportal durch das III. Bataillon Regiment Garde Nr. 15, Gemälde von Carl Röchling.

1757 eröffnete Friedrich II. von Preußen den zweiten Feldzug des Siebenjährigen Krieges (1756–1763). Nach dem anfänglichen Erfolg bei Prag musste seine Armee jedoch die Niederlagen von Kolin und Groß-Jägersdorf hinnehmen. Gleichzeitig drang von Westen her eine französische Armee nach Thüringen vor. Entgegen den Erwartungen seiner Gegner, allen voran Österreichs, entschied sich der preußische König nicht für ein Friedensgesuch, sondern für zwei gut abgestimmte Befreiungsschläge. Zunächst schlug Friedrich die Franzosen und die Reichsarmee am 5. November 1757 bei Roßbach und brach anschließend mit 35 000 Mann in Gewaltmärschen nach Schlesien gegen die beinahe doppelt so starke österreichische Hauptarmee unter Prinz Karl von Lothringen auf. Vor dem Beginn des Angriffs packte Friedrich II. seine Offiziere in der berühmten »Parchwitz-Rede« noch einmal bei ihrer Ehre. Am Morgen des 5. Dezember begann der Anmarsch der Preußen gegen die Stellung der Österreicher. Da Friedrich diese gut einsehen konnte, ließ er seine Truppen gedeckt durch einige Anhöhen nach Süden, parallel zur Front des Gegners, abmarschieren. Auf Höhe des linken österreichischen Flügels ging die preußische Armee in »schräger Schlachtordnung« zum Angriff über und siegte. Die Österreicher, getäuscht durch dieses Manöver, verloren etwa ein Drittel ihrer Armee. Die preußischen Verluste beliefen sich auf über 6000 Mann. Die Schlacht befreite Preußen zunächst aus seiner verzweifelten Lage. Sie wird bis heute als herausragendes Beispiel friderizianischer Kriegskunst gesehen.

*Marcus von Salisch*

**18. Oktober 1907 Haager Landkriegsordnung**

▲ 2. Haager Friedenskonferenz 1907: Deutsche Vertreter mit Marschall von Bieberstein.

Jeder Soldat der Bundeswehr, der heute in den Auslandseinsatz geht, wird im Vorfeld mit dem gültigen Völkerrecht vertraut gemacht. Angesichts der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in beiden Weltkriegen ist es kaum vorstellbar, dass weite Teile des heutigen »Rechts im Kriege« bereits auf den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, konzeptionell sogar noch früher, beschlossen wurden. Auf Initiative des russischen Zaren Nikolaus II. war im Verlauf der ersten Konferenz vom 18. Mai bis 29. Juli 1899 von den teilnehmenden Staaten - darunter auch das Deutsche Reich - ein »Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs« unterzeichnet worden, dem in den folgenden Jahren insgesamt 49 Staaten beitraten. Die heute noch gültige »Haager Landkriegsordnung«, die während der zweiten Haager Friedenskonferenz am 18. Oktober 1907 von 35 Staaten unterschrieben wurde, stellt nur eine geringfügig veränderte Variante des ersten Abkommens dar. Definiert wurden unter anderem der Status des Kombattanten sowie der Umgang mit Kriegsgefangenen, Kranken, Verwundeten, Spionen und Parlamentären. Darüber hinaus enthält das Abkommen Regelungen zur Kapitulation, zum Waffenstillstand und zur Anwendung militärischer Gewalt in besetzten Gebieten, ebenso grenzt es die Mittel der Kriegführung durch die Ächtung gewisser Waffen ein. In Verbindung mit den Genfer Konventionen bildet die »Haager Landkriegsordnung« von 1907 die Grundlage des humanitären Völkerrechts und ist aufgrund des Völkergewohnheitsrechts heute für alle Staaten bindend. Obwohl seit dem 1. Juli 2002 der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag auf supranationaler Ebene die Möglichkeit bekommen hat, Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen, ist die Frage nach der Sanktionierung von Verstößen gegen das Abkommen noch immer nicht hinreichend geklärt.

*jf*

**➔ Vorschau**

Die Abteilung »Ausbildung, Information und Fachstudien« des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes schafft durch ihre Arbeit wesentliche Grundlagen für die historische Bildung in den Streitkräften. Ihr Kernauftrag besteht in der pädagogisch-didaktischen Auswertung und Aufbereitung wissenschaftlicher Forschung. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden mit Hilfe einer Vielzahl unterschiedlicher Medien nach außen vermittelt. Unsere Zeitschrift **Militärsgeschichte** ist nur ein Beispiel dafür, ein anderes ist die Konzipierung, Gestaltung und Betreuung von Wanderausstellungen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.

Karl-Heinz Lutz und Marcus von Salisch werden uns in der kommenden Ausgabe der **Militärsgeschichte** einen Einblick in ihre Tätigkeit als »Ausstellungsmacher« gewähren. Karl-Heinz Lutz wird dabei eine kurze Rückschau auf die bisherigen Wanderausstellungen halten und daran anschließend die konzeptionellen Grundideen für eine neuzugestaltende Ausstellung zum Thema »Militärreformen in Deutschland« skizzieren. Den historischen Ausgangspunkt dieser neuen Wanderausstellung bilden die preußischen Heeresreformen von 1807 bis 1814, die mit ihren Idealen wesentlicher Bestandteil der Tradition der Bundeswehr sind, doch wollen sich die »Ausstellungsmacher« nicht nur auf Preußen beschränken. Marcus von Salisch wird daher die preußischen Heeresreformen im direkten Vergleich mit der Reorganisation der sächsischen Armee im Jahre 1810 betrachten und dabei aufzeigen, dass sich militärischer Reformwille auch in anderen deutschen Streitkräften finden lässt. Inwiefern sich die preußischen Reformen von den sächsischen unterscheiden, erläutert uns von Salisch in seinem Beitrag.

Einen weiteren Baustein im Traditionsverständnis der Bundeswehr bildet der militärische Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Der ranghöchste Widerstandskämpfer war Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben. Er sollte nach der Ausschaltung Hitlers den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen. Bereits einen Tag nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Witzleben verhaftet und am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Romedio Graf von Thun-Hohenstein wird uns die Person Erwin von Witzleben in seinem Artikel näher bringen.

Weitere Beiträge werden sich mit dem Bauwesen in der Nationalen Volksarmee und mit George Armstrong Custer als »Medienstar« beschäftigen.

*mm*



# SOLDATEN HELFEN SOLDATEN: 50 JAHRE SOLDATENHILFSWERK

»Bei Veltheim an der Weser, da ist was passiert!«

Die Nachricht vom größten Manöverunglück in der deutschen Militärgeschichte verbreitete sich rasch. Ende April 1925 waren während einer Übersetzaktion mit einer völlig überladenen Seilfähre 80 Reichwehrsoldaten und ein Zivilist ums Leben gekommen. Dabei hätte die Großübung des Wehrkreises 6 gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages gar nicht stattfinden dürfen. Drei Jahrzehnte später verstieß mit nicht weniger tragischen Folgen ein Stabsunteroffizier der Bundeswehr gegen Befehle und Vorschriften: Auf dem Rückmarsch in die Prinz-Franz-Kaserne in Kempten im Allgäu durchquerte er am 3. Juni 1957 mit seinem Zug die Iller bei Hirschdorf. Die Überwindung der rund 50 Meter breiten Übergangsstelle schien keine allzu große Herausforderung zu sein. Doch die starke Strömung des Hochwasser führenden Flusses riss einem der Soldaten die Beine weg, danach gab es für alle kein Halten mehr. 15 junge Rekruten fanden den Tod, die frisch aufgestellten westdeutschen Streitkräfte hatten ihren ersten Skandal. Trotz intensiver Such- und Rettungsaktionen mit über 600 Soldaten und zivilen Helfern konnte die letzte Leiche erst über zwei Wochen später geborgen werden. Die militärische Trauerfeier musste so mit teilweise leeren Särgen durchgeführt werden.

Ein schwacher Trost für die Angehörigen war die Verurteilung des Hauptverantwortlichen zu einer Bewährungsstrafe. Bitter hingegen war vor allem die zögerliche Hilfe der Bundeswehr für die Hinterbliebenen. Vor Ort improvisierte deshalb der von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß mit der Öffentlichkeitsarbeit beauftragte Major Gerd Schmückle eine Spendenaktion innerhalb der betroffenen 1. Luftlandedivision. Die gesammelten 12000 DM wurden sofort an die bedürftigen Angehörigen verteilt. Der

Grundsatz »Soldaten helfen Soldaten«, die schnelle und vor allem unbürokratische Hilfe in unverschuldeten Notfällen, wurde komplett umgesetzt. Heeresinspekteur Hans Röttiger griff die Idee auf und gründete mit Unterstützung des Ministers und des Generalinspektors Adolf Heusinger am 18. Oktober 1957 das »Soldaten-Hilfswerk der Bundeswehr e.V.« (SHW). Am 4. Dezember wurde das SHW in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bonn eingetragen. Erster Vorsitzender war Minister Strauß persönlich, seit August 1958 ist es der jeweilige Generalinspekteur der Bundeswehr.

Der eingetragene Verein etablierte sich unter seinen ersten Geschäftsführern rasch zu einer gut funktionierenden Selbsthilfeorganisation mit schlanker Organisationsstruktur. Das Verteidigungsministerium unterstützte ihn mit der Überlassung von Büroräumen und Schreibmaterial. Als erste Kapitalausstattung dienten die Überschüsse aus den Spenden für das Iller-Unglück. Schon wenige Jahre später erbrachten die jährlichen Sammlungen ebenso beeindruckende Summen wie die zusätzlichen Aktionen engagierter Bundeswehrangehöriger oder die Spenden von privater Seite und aus der Wirtschaft. So konnten in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten rund 25 Mio. Euro an über 34000 Soldaten oder deren Angehörige verteilt werden.

Ein Spendenausschuss entscheidet über die Vergabe der Gelder, wenn – zumeist auf Kompanieebene – auf Notfälle hingewiesen wird. Besondere Bedeutung kommt dabei der Fürsorge der »Spieße« und der Einheitsführer zu. Die Unterstützung kann ein Zuschuss für Grundwehrdienstleistende bei Geburts- oder Todesfällen sein, eine Finanzhilfe für die Pflege von Kranken oder Behinderten oder die materielle Hilfe bei Verlust von Hab und Gut.

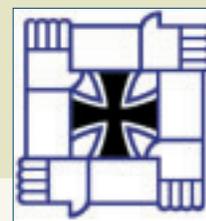
Diese Kameradschaftshilfe ist Teil der »Unternehmenskultur« der Bundeswehr und somit gelebte Innere



▲ Spendenaufwurf des Soldatenhilfswerks, 1958.

Führung. Das SHW wiederum ist und bleibt, neben zahlreichen anderen Einrichtungen, eine tragende Säule dieser Kameradschaftshilfe. Seit 2006 ist das SHW zudem Treuhänder des Vermögens der Heusinger-Stiftung, welche die Verbundenheit des ersten Generalinspektors der Bundeswehr mit der Arbeit der Hilfsorganisation unterstreicht. Auch der heutige Vorsitzende des SHW, General Wolfgang Schneiderhan, setzt sich engagiert für die Hilfsorganisation ein. Gerade angesichts der neuen Herausforderungen an die Bundeswehr als Armee im Einsatz und trotz mancher Verbesserungen der sozialen Fürsorgeleistungen des Dienstherrn sind Organisationen wie das SHW wichtiger denn je.

*Helmut R. Hammerich*



Soldatenhilfswerk der Bundeswehr e.V.  
Postbank Köln  
Bankleitzahl: 370 100 50  
Konto-Nummer: 1305503

# NEUE PUBLIKATIONEN DES MGFA



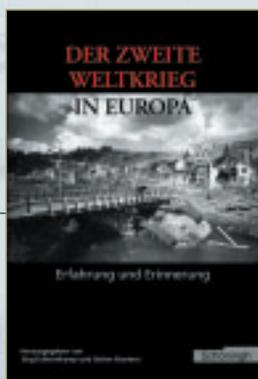
**Die Bundeswehr 1955 bis 2005.** Rückblenden - Einsichten - Perspektiven.  
Im Auftrag des MGFA hrsg. von Frank Nögler, München: Oldenbourg 2007, XII, 524 S.  
(= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 7), ca. 36,80 Euro,  
ISBN 978-3-486-57958-1



**Armin Wagner und Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee.**  
Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Berlin: Links 2007, VIII, 297 S.  
(= Militärgeschichte der DDR, 14), 24,90 Euro,  
ISBN 978-3-86153-461-7



**50 Jahre Militärgeschichtliches Forschungsamt.** Eine Chronik.  
Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bearb. von Martin Rink,  
Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2007, X, 230 S., 28,00 Euro,  
ISBN 978-3-937233-47-5



**Der Zweite Weltkrieg in Europa.** Erfahrung und Erinnerung.  
Im Auftrag des Deutschen Historischen Instituts Paris und des Militärgeschichtlichen  
Forschungsamtes, Potsdam, hrsg. von Jörg Echternkamp und Stefan Martens (AT),  
Paderborn: Ferdinand Schöningh 2007, ca. 320 S., ca. 34,90 Euro,  
ISBN 978-3-506-76470-6